

## Wahlprogramm zur Landtagswahl 2012

Beschlossen in Elmshorn am 12. und 13. November 2011

### Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

DIE LINKE. Schleswig-Holstein streitet ohne Wenn und Aber für eine soziale Politik in unserem Land. Wir wollen die Armut abschaffen. Deshalb kämpft DIE LINKE für das Recht auf gut bezahlte Arbeit, das Recht auf bezahlbares Wohnen, das Recht auf qualifizierte und selbstbestimmte Bildung, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf tatsächliche Gleichstellung und das Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben – für Alle.

Eine solche Politik unterscheidet sich grundlegend von der der anderen im Landtag vertretenen Parteien. Sie fordert Solidarität ein und garantiert Solidarität. Eine solche Politik tritt dafür ein, die herrschenden Verhältnisse zu überwinden, um allen Menschen die gleichen Rechte und Freiheiten zu ermöglichen, in allen Bereichen über ihr Leben selbst zu entscheiden.

DIE LINKE kämpft für das Ende der Umverteilung von unten nach oben. Wir wollen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!

DIE LINKE will die Gleichstellung von Mann und Frau verwirklichen und setzt sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.

DIE LINKE tritt für die Zukunftsfähigkeit des Landes ein: für eine sozial gerechte Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulpolitik, für den Wissenschafts- und Kulturstandort Schleswig-Holstein.

DIE LINKE findet sich nicht mit Massenarbeitslosigkeit und Billiglöhnen ab. Sie steht für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, für öffentlich geförderte Beschäftigung und den gesetzlichen Mindestlohn.

DIE LINKE setzt sich für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ein: Global denken – vor Ort handeln!

DIE LINKE will eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche.

DIE LINKE fordert gleiche Rechte für alle - Alle die hier leben!

DIE LINKE bekämpft die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder ihrer sexuellen Identität.

DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei in deutschen Parlamenten!

Die vergangenen Landesregierungen haben durchweg eine andere Politik vertreten. Egal, ob sie von FDP, GRÜNEN, SPD oder CDU gestellt wurden: Sie stehen für Sozialabbau, für Stellenabbau und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, für Kürzungen bei den gemeinnützigen Vereinen und Verbänden, für Milliardengeschenke an Banken, für Umweltzerstörung und für die Unterstützung von Kriegen.

Mit der Zustimmung von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und SSW zur so genannten Schuldenbremse haben alle anderen Parteien deutlich gemacht, dass sie diesen Kurs langfristig fortsetzen wollen. Kürzungen im Landeshaushalt treffen Alle, die in irgendeiner Form auf Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sind oder einen KiTa Platz benötigen, zur Schule gehen, eine Ausbildung machen oder studieren. Dieser Kahlschlag bedroht die Zukunftschancen der jungen Generation. Eine solche Politik lässt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, allein. Sie ist unsozial und trifft deshalb auf unseren konsequenten Widerstand.

Die erfolgreiche Klage der LINKEN vor dem Landesverfassungsgericht hat zu vorzeitigen Neuwahlen geführt. Die von der Politik der in Schleswig-Holstein betroffenen haben nun die Möglichkeit den Widerstand gegen die Politik der etablierten Parteien zu stärken, damit die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung eine stärkere Stimme erhalten und der Macht der Banken und Konzerne eine humane, solidarische Alternative entgegengesetzt wird.

Unser Ziel ist eine menschliche Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Diese können wir nicht alleine erkämpfen: Wir brauchen die vielfältigen sozialen und kulturellen Initiativen im Land, die Vereine und Verbände und nicht zuletzt die Gewerkschaften, um unserer Vorstellung von einem anderen, einem solidarischen Leben, näher zu kommen. Wir werden gemeinsam mit ihnen Widerstand organisieren und auf die Straßen und Plätze Schleswig-Holsteins tragen.

In Bündnissen gegen Sozialabbau, in Bündnissen für die endgültige Stilllegung der Atomkraftwerke, in Bündnissen gegen Kürzungen im Bildungsbereich, im Bündnis mit der globalisierungskritischen Bewegung, in antikapitalistischen Bündnissen, und bei Kämpfen in Betrieben für bessere Arbeitsbedingungen und den Erhalt von Arbeitsplätzen war DIE LINKE eine zuverlässige Partnerin. Eine starke außerparlamentarische Widerstandsbewegung ist notwendig, um Veränderungen zu erreichen. Mit einer starken Fraktion der LINKEN im Landtag werden wir diesen Protest auch weiterhin laut und deutlich im Schleswig-Holsteinischen Landtag hörbar machen!

Seit 2009 ist eine sechsköpfige Fraktion der LINKEN im Landtag vertreten. Sie hat alternative Konzepte für eine sozial gerechte, nachhaltige, demokratische Politik aufgezeigt. Sie hat durch Anfragen Politik transparenter gemacht und die Anliegen der Betroffenen in den Landtag getragen. Sie hat gezeigt, dass eine grundsätzlich andere Politik möglich und notwendig ist. Dabei hat sie durch ihre parlamentarische Arbeit Öffentlichkeit geschaffen und den Protest gegen eine Politik des sozialen Kahlschlags in den Landtag getragen. Eine starke LINKE trägt dazu bei den anderen Parteien Beine zu machen und ist Sand im Getriebe der Reichen und Mächtigen. Jede Stimme für DIE LINKE bei der Landtagswahl stärkt die parlamentarische und gesellschaftliche Opposition für eine soziale, friedliche und demokratische Politik.

Im Landtag werden wir konsequent für konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen eintreten. Wir orientieren uns dabei an einem humanistischen Weltbild, das die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt von Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Auseinandersetzung rückt. Demokratischer Sozialismus ist für uns keine abstrakte Utopie, sondern beginnt mit einer grundsätzlich anderen Politik im Hier und Heute.

Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel in Schleswig-Holstein, für soziale Gerechtigkeit ohne Wenn und Aber.

Für die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen – Für eine starke LINKE im Landtag!

# Soziale Gerechtigkeit erkämpfen

In Schleswig-Holstein gibt es viel Reichtum, und doch nimmt die Armut ständig zu. Jedes sechste Kind ist in unserem Land von Armut betroffen. Nach internationalen Kriterien leben 15,2 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung in Armut, sie verfügen über weniger als 60 Prozent des sogenannten Äquivalenzeinkommens (Stand: 2010). Besonders betroffen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Über 270.000 Menschen müssen in Schleswig-Holstein von Hartz IV leben.

Unser soziales Netz wird immer brüchiger. Eine Vielzahl von Hilfen ist durch CDU und FDP gestrichen worden, aber auch von SPD und Grünen.

Schleswig-Holstein braucht eine Politik, die es sich zum Ziel setzt, soziale Sicherheit für alle zu realisieren. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keinen inneren Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die massenhafte soziale, kulturelle und politische Ausgrenzung von Menschen muss endlich beendet werden. DIE LINKE fordert die Rücknahme der Kürzungen im sozialen Bereich.

Sozialleistungen dürfen nicht zur wirtschaftlichen Restgröße verkommen, sie dürfen nicht von der Haushaltslage abhängig gemacht werden. Sozialleistungen müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Deshalb streitet DIE LINKE auf allen außerparlamentarischen und parlamentarischen Ebenen dafür, dass alle Menschen unabhängig von ihren persönlichen Lebenslagen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Kein Mensch soll ausgegrenzt bleiben. Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben ohne existentielle Not. Deshalb wollen wir die unsoziale Hartz IV-Gesetzgebung ablösen. DIE LINKE fordert eine repressionsfreie, sanktionsfreie und armutsfeste Mindestsicherung für alle Menschen. Soziale Gerechtigkeit, die Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft, ist ein Menschenrecht. Armut soll in unserer Gesellschaft endgültig beseitigt werden.

Durch die Landespolitik sind Bedingungen zu schaffen, die die Landkreise und kreisfreien Städte in die Lage versetzen, die Bestimmung sozialer Standards, die Art und Höhe freiwilliger sozialer Leistungen und die Schaffung und Vernetzung sozialer Dienstleistungen bedarfsgerecht realisieren zu können.

Zur Sicherung der qualitäts- und bedarfsgerechten Angebote ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen für die soziale Arbeit eine vorrangige Aufgabe. Die Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von 120 Millionen Euro pro Jahr ist sofort zurückzunehmen.

Im Sozialbereich und im Gesundheitswesen dürfen keine Arbeitsplätze abgebaut werden. Im Gegenteil: Der soziale Zusammenhalt muss gestärkt werden. DIE LINKE sieht in der demokratischen Einbeziehung von Gewerkschaften, Organisationen, Verbänden und Betroffenen eine große Chance für problembewusste und zielorientierte Mitwirkung an der Bekämpfung von Armut.

## *Familienarmut beseitigen - Kinderarmut überwinden*

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom Februar 2009 eine Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder gefordert. Dabei hat das Gericht die Rechte aller Beziehenden von Sozialleistungen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum festgeschrieben, zu dem auch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft gehört. Unter dem Druck dieses Urteils hat die große Koalition der Hartz IV-Parteien im März 2011 die Neufestsetzung der Regelsätze mit einer Erhöhung um fünf Euro beschlossen. Die Kinderregelsätze sind unverändert geblieben. Beschlossen wurde stattdessen das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket. An der Grundtatsache hat sich damit nichts geändert.

80.000 Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Das ist jedes sechste Kind. In den kreisfreien Städten des Landes steigt diese Zahl bis über 30 Prozent der Kinder.

Vor allem Kinder leiden unter sozial ungerechter Politik. Viele Kinder gehen morgens ohne Frühstück in die Schule.

Die Verankerung der Kinderrechte in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung ist ein erster Schritt, um das Problem der Kinderarmut anzugehen. Nun müssen auch Taten folgen. DIE LINKE fordert eine Politik, die Familien, Alleinerziehende und in Lebensgemeinschaft erziehende Eltern unterstützt, unabhängig vom Geldbeutel. Kinder dürfen nicht weiter ein Armutsrisiko darstellen, kein Kind in Schleswig-Holstein soll in Armut leben müssen.

Die frühkindliche Bildung, das soziale Lernen in der Gruppe mit gleichaltrigen Kindern, eröffnet solidarische Zukunftschancen für die kommenden Generationen. Die Schranken zwischen Kindern aus unterschiedlichen Schichten und Milieus müssen aufgeweicht werden.

DIE LINKE fordert:

- Ein kostenfreies und gesundes Mittagessen für Kinder in den Kitas und in den Schulen
- Beitragsfreiheit für alle drei Kita-Jahre
- Bedarfsgerechte Ausweitung der Kita-Zeiten auf täglich acht Stunden

Wir werden eine Bundesratsinitiative ergreifen, um eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder auf den Weg zu bringen. Der Bedarf muss eigenständig ermittelt werden, so wie es die obersten Gerichte und die Sozial- und Familienverbände fordern.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Kindergeld nicht mehr auf Leistungen angerechnet wird. Auch Kinder aus Familien, die von Hartz IV betroffen sind, sollen das Kindergeld erhalten. Alle Kinder in Schleswig-Holstein sind uns gleich lieb und teuer.

## *Jugend unterstützen*

Wir wollen nicht nur Politik für die Jugendlichen machen, sondern Politik mit den Jugendlichen. DIE LINKE will, dass Jugendliche sich selbst ausprobieren können. Die Gesellschaft braucht das Engagement jungen Menschen. Dafür müssen „Freiräume“ zum Beispiel in selbstverwalteten Jugendtreffs geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, kostenlose Kultur-, Sport- und weitere Freizeitangebote auszubauen.

DIE LINKE fordert:

- Keine weitere Kürzung von Jugendhilfemaßnahmen
- Aufstockung des Personals der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ohne Stellen in anderen Bereichen zu streichen
- Entfristung von sinnvollen Projekten der Jugendarbeit
- Rücknahme der Kürzungen bei den Mädchentreffs
- Rücknahme der finanziellen Kürzungen des Landesjugendringes und eine jährliche Erhöhung des Zuschusses um 2 Prozent
- Verbindliche Mitspracheregeln in allen Bereichen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten

Um die Möglichkeiten der kommenden Generationen nicht zu verspielen, muss allen Jugendlichen eine Lebensperspektive geboten werden. Das Grundrecht auf freie Berufswahl muss endlich umgesetzt werden, das Recht auf Ausbildung muss endlich verwirklicht werden. Jungen Menschen muss nach der Ausbildung der Einstieg in den erlernten Beruf garantiert werden.

Junge Menschen haben ein Recht auf ein eigenständiges Leben. Es darf nicht sein, dass Menschen unter 25 Jahren noch besonderen Hartz IV-Schikanen unterworfen werden und etwa bei ihren Eltern wohnen müssen. Auch und besonders aus der Sicht Jugendlicher gilt deshalb: Hartz IV muss weg!

Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ist jenseits von Schule meist kostenpflichtig. Wir fordern den Ausbau von kostenlosen Kultur-, Sport- und weiteren Freizeitangeboten sowie die Förderung von selbstverwalteten Jugendprojekten.

## *Seniorinnen und Senioren nicht auf das Abstellgleis schieben*

In Schleswig-Holstein beziehen die Menschen ihre Renten in der Regel aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Niedriglöhne und Langzeitarbeitslosigkeit aber führen geradezu zwangsläufig in die Altersarmut, von der besonders Frauen betroffen sind. Wir werden uns als Partei und im Bundesrat weiterhin entschlossen für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, gegen Rentenungerechtigkeit und für eine menschenwürdige und existenzsichernde Rente einsetzen, damit Menschen am Ende

ihres Arbeitslebens nicht in Armut leben müssen. Die Rente erst ab 67 lehnen wir ab.

Ältere Bürgerinnen und Bürger haben oft herausragende Qualifikationen. Auf ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihre Kenntnisse darf in Schleswig-Holstein nicht verzichtet werden. DIE LINKE setzt sich für eine verbindliche und umfassende gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ein. Wir wollen ihre Rechte in Mitwirkungsgruppen in Kommunen, Kreisen und auf der Ebene der Landespolitik deutlich ausweiten. Deshalb hat DIE LINKE 2011 ihren Entwurf für ein Mitwirkungsgesetz für Seniorinnen und Senioren in den Landtag eingebracht.

Darüber hinaus will DIE LINKE:

- Politik für Seniorinnen und Senioren als Querschnittsaufgabe angemessen in Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrs-, Kultur- und Wohnungspolitik verankern
- Ein wohnortnahes und dezentrales System ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung als Einheit medizinischer, pflegerischer und sozialer Betreuung

Über Bundesratsinitiativen werden wir den Erhalt des solidarischen Sozialstaatsprinzips mit dem Generationenvertrag einfordern. Gerade ältere Frauen sind von Armut im Alter betroffen. Wir streiten für eine existenzsichernde Mindestrente zur Verhinderung von Altersarmut.

## *Inklusion von Menschen mit Behinderungen verwirklichen*

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist Inhalt der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie ist für DIE LINKE unantastbar. Nicht der einzelne Mensch mit Behinderung muss sich anpassen, sondern die Gesellschaft hat Bedingungen zu schaffen, die gleiche Chancen, Selbstbestimmung und eine umfangreiche Teilhabe für alle ihre Mitglieder ermöglicht.

Für unterschiedliche Menschen müssen unterschiedliche Lösungen gefunden werden, damit sie gleiche Möglichkeiten haben. Dazu gehören besondere Fördermaßnahmen für Frauen mit Behinderung, die als Mehrfach-Diskriminierte am Arbeitsmarkt besondere Unterstützung bei der Eingliederung oder Wiedereingliederung ins Berufsleben, der Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche brauchen. Wir wollen barrierefreie Lösungen für die Kommunikation, für Arbeit, Wohnung, Verkehr und Versorgung, aber auch einen Wandel in unserem eigenen Denken und Verhalten. Barrierefreiheit nutzt allen. Dazu gehört der Anspruch, eine neue Kultur des Respekts und des Willkommenseins im Land zu schaffen.

Die in Schleswig-Holstein gewährten Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen wollen wir erhalten. Die Streichung der Gebührenfreiheit für den Rundfunk- und Fernsehempfang lehnen wir ab. Die Halbierung des Landesblindengeldes wollen wir rückgängig machen.

Die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ist in Schleswig-Holstein in die Hand der Kommunen übergegangen. Die Landesregierung

zieht sich dabei zunehmend aus ihrer Verantwortung für die Sicherung und Gestaltung gleicher Lebensbedingungen für alle Leistungsberechtigten in Schleswig-Holstein zurück. Die Beteiligung der Betroffenen und ihrer Verbände sowie der Leistungsträger an der inhaltlichen Ausgestaltung der Eingliederungshilfe ist im Zuge der Haushaltsbegleitgesetzgebung verschlechtert worden.

Die sinnvolle Verlagerung der Schwerpunktsetzung von der stationären zur ambulanten Hilfe darf nicht zu Leistungskürzungen unter Kostengesichtspunkten missbraucht werden.

DIE LINKE fordert den Abschluss eines neuen Landesrahmenvertrages zur Eingliederungshilfe, der die Rechte der Menschen mit Behinderungen auf eine umfangreiche und selbstbestimmte Teilhabe, die frei von Bevormundung ist, am gesellschaftlichen Leben flächendeckend sichert und die kostendeckende Finanzierung für die Träger ermöglicht.

## *Ein solidarisches Gesundheitssystem für Alle*

Gesundheit ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit sollte „ein Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ sein (Weltgesundheitsorganisation – WHO).

Die Bundesregierungen haben über Jahre hinweg das einst solidarische Gesundheitswesen profitorientiert umgebaut. Wir fordern die Rückkehr zum Prinzip der Solidarität im Gesundheitswesen und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten zur Finanzierung heranzieht.

Wir kämpfen gegen die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge und gegen die Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die allein von den Versicherten zu zahlen ist.

Wir fordern die Rücknahme aller Zuzahlungsregelungen für die medizinisch notwendigen Leistungen.

Die zunehmende Profitorientierung des Gesundheitswesens hat in Schleswig-Holstein viel Schaden angerichtet. Durch Einschränkungen bei Kuren und Rehabilitationsmaßnahmen sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Der im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu geringe Basisfallwert führt in Schleswig-Holstein zu Einnahmeverlusten der Kliniken, die nicht mehr aufzufangen sind. Wir werden als Partei und im Bundesrat weiter und energisch für ein solidarisches Gesundheitswesen kämpfen.

In Schleswig-Holstein setzen wir uns für eine kleinräumige kassenärztliche Bedarfsplanung ein. Um Ärztinnen und Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen, fordern wir infrastrukturelle Unterstützung und flexible Formen der Niederlassung.

Das flächendeckende Netz von Krankenhäusern werden wir erhalten. Privatisierungen im Krankenhausbereich lehnen wir ab. Wir wollen den Kommunen helfen, privatisierte Krankenhäuser zu rekommunalisieren.

DIE LINKE tritt allen Absichten energisch entgegen, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) zu zerschlagen und zu privatisieren. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung kann auf ein starkes Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in öffentlicher Hand nicht verzichtet werden. Jahrelang ist das UKSH vom Land finanziell ausgeblutet worden. Wir setzen uns dafür ein, den baulichen Masterplan endlich umzusetzen und aus dem Landeshaushalt zu finanzieren.

Eine enge Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsbereichen ist uns wichtig. Dafür wollen wir medizinische Versorgungszentren weiterentwickeln, auf eine gemeinsame Kapazitätsplanung und gemeinsame Notfallbehandlungsportale orientieren sowie auf den Einsatz von Assistentinnen und Assistenten nach dem Gemeindeschwestern-Prinzip.

Wie in allen anderen Bereichen auch, erreichen wir nichts ohne engste Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Im Gesundheitsbereich wollen wir bei der Festlegung von Gesundheitszielen, der Entwicklung von Präventionsprogrammen und der Gesundheitsberichterstattung mit Akteuren des Gesundheitswesens sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulen, der Seniorinnen und Senioren, der Gewerkschaften und Kommunen kooperieren. Wir wollen die Aids-Prävention und die Integration von HIV-positiven Menschen weiter stärken.

Frauen werden anders krank und anders gesund als Männer. Das erfordert eine Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange in der gesamten Gesundheitspolitik. Zuerst braucht Schleswig-Holstein eine differenzierte und qualifizierte Landesgesundheitsberichterstattung für Männer und Frauen sowie für Kinder. Isolierte Einzelmaßnahmen helfen uns nicht weiter. Schleswig-Holstein benötigt ein abgestimmtes Konzept auf Grundlage einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung. Dies beinhaltet Frauengesundheitszentren mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Migrantinnen sowie die Förderung von frauenspezifischer psychotherapeutischer und medikamentöser Behandlung und Rehabilitation. Die Versorgung mit kostenlosen Verhütungsmitteln soll mindestens auf dem Stand von 2004 erfolgen. Zusätzlich müssen die Beratungsangebote für Menschen mit Essstörungen ausgebaut werden.

Die Zahl der hilfe- oder pflegebedürftigen Menschen wird in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren stark zunehmen. Da die Leistungen der Pflegeversicherung von den Betroffenen beantragt werden müssen, ist der Zugang zu Information über deren Möglichkeiten und Antragswege Bedingung für die Leistungen. Deshalb fordern wir flächendeckend eine kompetente, wohnortnahe und vor allem neutrale Pflegeberatung.

Da nicht jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch Leistungen von der Pflegeversicherung erhält, setzen wir uns auf Bundesebene für eine entsprechende Reform der Pflegeversicherung ein, die auch eine bessere Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen ermöglicht. Dabei sollen alternative Wohn- und Versorgungsformen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Wir brauchen mehr gut ausgebildete und entsprechend bezahlte Fachkräfte. Sie sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine gute Pflege. Sie sind aber auch notwendig für

bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte.

In der Regel wird die häusliche Pflege von Familien geleistet, insbesondere von Frauen. Dafür ist eine professionelle, unabhängige und wohnortnahe Beratung, Anleitung, Betreuung und Supervision auf hohem Niveau durch das Land sicherzustellen. Darüber hinaus ist zur Entlastung der Pflegenden eine angemessene finanzielle und zeitliche Anerkennung notwendig.

Die Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Pflegearbeit müssen erweitert werden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen für bis zu sechs Wochen freigestellt werden, um sich bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit um Angehörige oder nahestehenden Personen kümmern zu können. Sie erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung.

## Fortschrittliche Drogenpolitik durchsetzen

Drogen, unabhängig davon ob sie als legal oder illegal bezeichnet werden, sind eine Alltagserscheinung. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und menschlichen Tragödien führen. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus. Die gesellschaftliche Verharmlosung legaler Drogen ignoriert, dass besonders Alkohol und Medikamentenmissbrauch weit verbreitet sind. Gegen die Ursachen von Sucht hilft keine Stigmatisierung und Verbannung aus dem öffentlichen Raum.

Die Verbreitung von Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel. Drogenpolitik muss daher zu einer präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen beitragen, anstatt Drogen zu verbieten und Verbrauchende zu kriminalisieren.

Nur wenn der Zugang zu Drogen ohne Umwege über kriminelle Strukturen und tödliche Streckmittel gewährleistet ist kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln entwickelt werden und das organisierte Verbrechen entmachtet werden. Anstelle von großen Ausgaben im Drogenbereich zur Strafverfolgung aufzuwenden müssen ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitgestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- Legalisierung von Cannabis
- Entkriminalisierung von Konsumenten aller Drogen
- Unkomplizierte Bereitstellung zu Therapiezwecken
- Umdenken in der Drogenpolitik: Prävention und Therapie statt Strafverfolgung

## *Bezahlbare Wohnungen bauen*

Bezahlbare Wohnungen gehören zu den wichtigsten Grundlagen für soziale Sicherheit und Menschenwürde. Trotzdem ist vor allem preiswerter und angemessener Wohnraum in unserem Bundesland immer noch Mangelware. Versorgungsentpässe bestehen vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen

und ältere Menschen. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung kann sich das Leben in urbanen Zentren nicht mehr leisten. DIE LINKE kämpft für ein Recht auf Stadt. Stadtpolitisch brauchen wir weder Wohlstandsgghettos noch Armenquartiere.

Für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialhilfe müssen die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden. An diesen Kosten hat sich der Bund angemessen zu beteiligen. Eine Pauschalierung in jeglicher Form lehnen wir ab.

DIE LINKE setzt sich für den Umbau der Energieversorgung weg vom Atomstrom hin zu einem sozialen, ökologischen und regionalisierten Energiekonzept ein. Die Kosten dieses Umbaus dürfen aber nicht wahllos den Beziehenden von Sozialeinkommen aufgebürdet werden. Wir fordern daher Sozialtarife für Erwerbslose und Niedrigverdienende.

Die energetische Sanierung von Wohngebäuden muss durch die öffentliche Hand verstärkt gefördert werden. Die Kosten energetischer Sanierung von Wohngebäuden dürfen nur in dem Umfang an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben werden, wie diese durch verringerte Nebenkosten in Folge des reduzierten Energieverbrauchs profitieren.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es darf nicht den Profitinteressen geopfert werden. Wohnungsnot kann nur durch eine wirksame Wohnungsbauförderung bekämpft werden. Aber sowohl Bund als auch das Land Schleswig-Holstein schränken ihre Wohnungsbauförderung ein. Mehr als 20 Prozent des Sozialwohnungsbestandes wird in den nächsten drei Jahren aus der Sozialbindung herausfallen. Dadurch wird Wohnraum noch teurer.

DIE LINKE Schleswig-Holstein fordert:

- Rücknahme der Kürzungen bei der Wohnungsbauförderung und eine Aufstockung der Mittel für die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus
- Anpassung des Wohngeldes und der Bemessungsgrundlage an die gestiegenen Mieten und Nebenkosten
- Bevorzugte Förderung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbauprojekte
- Bessere Kontrollen gegen überhöhte Mieten durch die flächendeckende Einführung von Mietspiegeln
- Erhöhung des Anteils barrierefreier Wohnungen am Gesamtbestand und die Förderung gemeinschafts- und generationsübergreifender Wohnformen, die es ermöglichen, auch im hohen Alter selbstbestimmt leben zu können
- Vorkaufsrecht für Mietergemeinschaften für die von ihnen bewohnten privaten Immobilien, wenn diese veräußert werden sollen

Nur eine sozial gerechte Stadtpolitik verhindert Ghattobildung und sorgt für ausgewogene Wohnquartiere.

# Ohne Bildung ist alles nichts

Eine gute Bildung ist zentraler Bestandteil und Voraussetzung für die eigenständige Entwicklung jedes Menschen.

Das Bildungssystem muss allen die Möglichkeit zur allseitigen Entwicklung ihrer jeweiligen individuellen Interessen und Fähigkeiten bieten. Eine humanistische Bildung muss auf Selbstbestimmung beruhen. Alle Menschen sollen selbst entscheiden, wann, wo und wie sie lernen. Erst dadurch können Erziehende, Auszubildende und Unterrichtende gleichberechtigte Partnerinnen und Partner im Lernprozess sein.

Im Widerspruch dazu steht das gegenwärtige Bildungssystem, das an Verwertung und Konkurrenz der Lernenden untereinander orientiert ist. Bildung im Kapitalismus ist auf Selektion durch Notengebung je nach vermeintlicher Leistung ausgerichtet, um die Lernenden in die Hierarchien und Berufsfelder des Arbeitsmarktes einzuordnen.

Linke Bildungspolitik kann sich vor diesem Hintergrund nicht nur auf einige Reformen im Bildungssystem begrenzen. Wir sehen das Bildungssystem im Gesamtzusammenhang unserer heutigen Gesellschaft. Der Kampf um eine Bildungspraxis, welche dem Menschen dient und nicht der wirtschaftlichen Verwertbarkeit, kann letztlich nur im Zusammenhang mit dem Streiten für eine andere Gesellschaft geführt werden. Dennoch hat DIE LINKE auch für das Hier und Jetzt konkrete bildungspolitische Forderungen, die ein Schritt in die richtige Richtung sind, hin zu mehr Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

In Schleswig-Holstein – so die erschreckenden Ergebnisse des neuesten Ländervergleichs – ist schon heute die soziale Herkunft von Kindern stärker als in anderen Bundesländern verantwortlich für die Qualität ihres Bildungsabschlusses. Gleichwohl wird in Schleswig-Holstein bei der Bildung gekürzt. So sollen bis 2020 insgesamt 3.650 Lehrerinnen- und Lehrerstellen gestrichen werden. Das ist Ausdruck der falschen und sozial ungerechten Bildungspolitik in unserem Land. Die Kürzungen von heute erzeugen die Bildungsdefizite von morgen.

Die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein ist zum Spielball der jeweiligen Regierungen geworden. In einem faulen Kompromiss zwischen CDU und SPD sind Haupt- und Realschulen durch Regional- und Gemeinschaftsschulen ersetzt worden. Die bestehenden Gemeinschaftsschulen sind eine Mogelpackung. Das mehrgliedrige Schulsystem bleibt erhalten. Die jetzige CDU/FDP-geführte Landesregierung hat die Verantwortungslosigkeit durch die Einführung des sogenannten Y-Modells perfektioniert. Nunmehr werden in Schulen teilweise 12- und 13-jährige Schulgänge parallel angeboten.

Allen bisherigen „Schulreformen“ gemein ist: Die Regierenden haben Schülerinnen, Schüler und Eltern nicht in ihre Entscheidungen einbezogen. Zusätzlich haben CDU und FDP schon jetzt 300 Stellen an den Schulen gestrichen. Auch bei einem Wechsel zu SPD und Grünen werden die Kürzungen an den Schulen nicht enden, sie werden nur ein wenig moderater ausfallen.

Bei den Kindertagesstätten ist die Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres abgeschafft worden. Dabei lagen in den letzten zehn Jahren die Ausgaben für frühkindliche Bildung in Schleswig-Holstein weit unter dem Bundesdurchschnitt. Kein anderes Bundesland gibt weniger Geld aus für die Zukunft seiner Kinder. Das wollen, das müssen wir ändern.

## ***Frühkindliche Bildung endlich ermöglichen***

Die frühkindliche Bildung, das soziale Lernen in der Gruppe, eröffnet solidarische Chancen für zukünftige Generationen. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen gestellt. Deshalb streitet DIE LINKE für das Recht jedes Kindes auf allseitige Unterstützung und Förderung seiner Fähigkeiten unabhängig von seiner sozialen Herkunft, unabhängig von dem Geldbeutel seiner Eltern.

DIE LINKE fordert deshalb ein flächendeckendes Angebot interdisziplinärer Frühfördereinrichtungen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung, die die Kosten einer eingehenden Elternberatung genauso berücksichtigt wie die Kosten von interdisziplinärem Austausch und Vernetzung.

Zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf Betreuung fordern wir, hochwertige Angebote zügig und flächendeckend bereitzustellen, bei Bedarf auch über die angestrebte **Betreuungsquote von 35 Prozent** für unter Dreijährige hinaus. Die Betreuungszeiten sollen auf mindestens acht Stunden täglich ausgeweitet werden und sich entsprechend den individuellen Bedürfnissen flexibel abrufen lassen. Die Einrichtungen frühkindlicher Bildung, einschließlich der Krippen, müssen künftig wie die Schule beitragsfrei sein. DIE LINKE fordert Beitragsfreiheit für alle drei Kita-Jahre.

Frühpädagogik gelingt aber bekanntlich nur innerhalb ausreichend dichter Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Wir streben deshalb an, dass die Empfehlungen, die das „Kinderbetreuungsnetz der Europäischen Kommission“ auf der Grundlage entwicklungspsychologischer Erkenntnisse hinsichtlich Gruppengröße und Personalschlüssel gibt, auch endlich in Schleswig-Holstein zur Richtschnur beim weiteren Ausbau von Betreuungseinrichtungen werden. Die skandinavischen Länder können dabei als Vorbilder dienen. Diese Empfehlungen sehen für Säuglinge und Kleinkinder bis zu zwei Jahren eine Fachkraft für jeweils drei Kinder vor; für Zwei- bis Dreijährige eine Fachkraft für jeweils drei bis fünf Kinder; für Drei- bis Vierjährige eine Fachkraft für fünf bis acht Kinder und danach bis zum Schuleintritt eine Fachkraft für sechs bis acht Kinder. Die empfohlenen Gruppengrößen berücksichtigen, welches Ausmaß an Reizen kleine Kinder ohne übermäßigen Stress noch verarbeiten können und gehen selbst für die Ältesten nicht über fünfzehn Kinder hinaus. In jeder altersgemischten Gruppe sollte eine entsprechend qualifizierte Fachkraft für die unter Dreijährigen zuständig sein und sie zumindest für einen Teil des Tages auch gesondert betreuen. Alle Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf müssen individuelle Förderung erhalten.

Frühkindliche Bildung braucht gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Wir wollen das Weiterbildungsangebot umfassend verbessern. Zukünftig sollen Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen eines (Fach-) Hochschulstudiums umfassend ausgebildet werden.

Schon jetzt fordern wir eine Freistellung für Tagesstättenleitung, die mit mindestens zehn Stunden pro Woche berechnet wird.

DIE LINKE wird im Landtag dafür kämpfen, das Kindertagesstättengesetz in diesem Sinne neu zu schreiben.

## ***Eine Schule für alle verwirklichen***

Alle bisherigen Regierungsparteien haben Schleswig-Holstein ins bildungspolitische Chaos gestürzt. Die Lehrerinnen- und Lehrerstellen an allgemeinbildenden Schulen wurden gekürzt, obwohl dort heute mehr Schülerinnen und Schüler lernen. Ein weiterer Anstieg des Unterrichtsausfalls und die Überlastung von Lehrenden und Lernenden ist die Folge. Der Wegfall der Rückstellungsmöglichkeiten für noch nicht schulreife Kinder und die Auflösung der Förderschulen stellt gerade Grundschulen vor neue Aufgaben.

Der Unterricht findet heute in Klassen mit teilweise über 30 Schülerinnen und Schülern statt. An vielen Ganztagschulen wird das Nachmittagsangebot von pädagogisch unzureichend qualifizierten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgedeckt. Diese erhalten zum Teil einen Stundenlohn von weniger als 7 Euro.

Ohne Geld für Bildung verspielen wir unsere Zukunft. Jeder Euro, der in Bildung investiert wird, rechnet sich für die Gesellschaft.

Wir streiten für ein verbindliches, einheitliches Schulsystem von der ersten bis zur zehnten Klasse. Den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler wollen wir durch eine differenzierte Förderung Rechnung tragen. Wir plädieren für ein Oberstufensystem, welches die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung verwirklicht. Dieses Konzept ist prinzipiell auf eine abgeschlossene Berufsausbildung bei gleichzeitigem Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung ausgerichtet. Wir wollen eine Schule für Alle in Trägerschaft der öffentlichen Hand (oder in Trägerschaft des dänischen Schulvereins). Eine schulische Praxis, die konsequent von den Bedürfnissen und Interessen der Kinder ausgeht, ist unser Ziel.

DIE LINKE wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass für alle schulpflichtigen Kinder eine kostenfreie gesunde Mahlzeit an den Schulen angeboten wird. Die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten lehnen wir ab. Wir wollen kein Schulgeld durch die Hintertür. DIE LINKE wird dafür eintreten, dass alle Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr wieder kostenlos mit dem Schulbus fahren dürfen.

Die weitere Schließung von Grundschulen lehnt DIE LINKE ab. Gerade im ländlichen Raum führt die Schließung von Grundschulstandorten zu unzumutbar langen Schulwegen.

In den ersten Jahren der Schulbildung werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir brauchen kleinere Klassen. Wir brauchen einen individuell auf die unterschiedlichen Schülerinnen und Schüler abgestimmten Unterricht. Dazu gehören auch eine vernünftige Ausstattung der Grundschulen sowie gut bezahlte und motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Den gestiegenen Anforderungen in Grundschulen ist Rechnung zu tragen, der Unterricht ist doppelt zu besetzen. Der gezielte Einsatz von Lehrkräften mit sonderschulpädagogischer Ausbildung ist zwingend erforderlich.

Wir möchten die gesellschaftliche Debatte um die richtige Bildung an den Schulen auf eine sachliche Grundlage stellen. Wichtig ist für uns die Einbeziehung der Betroffenen, der Schülerinnen, Schüler, Eltern und der Lehrenden. DIE LINKE fordert:

- Schülerinnen und Schüler sollen ausreichend Zeit zum Lernen haben. Die Verkürzung der Schuljahre bis zum Abitur (G8) halten wir für den falschen Weg. Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen, sie brauchen Zeit, sich kennen zu lernen, sie brauchen Zeit, um ihre schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten entwickeln zu können. Sie brauchen Zeit für außerschulisches Engagement, sei es im Sportverein, in sozialen Einrichtungen oder bei ökologischen Projekten
- Schülerinnen und Schüler sollen länger gemeinsam lernen. Die frühe Trennung nach vier Schuljahren und die damit verbundene Aufteilung auf verschiedene Bildungswege entspricht nicht den pädagogischen Erfordernissen. Kinder entwickeln sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Dem muss das Bildungssystem Rechnung tragen
- Mehr Psychologinnen und Psychologen, mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen
- Differenzierte Konzepte für Mädchen und Jungen bei der Ausweitung der Schulsozialarbei.
- Betreuung für den Nachmittagsunterricht an Ganztagschulen ausschließlich durch pädagogisch ausgebildetes Personal, das selbstverständlich tariflich entlohnt wird

Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und Sexismus ist eine Querschnittsaufgabe, die in der Schule einen wichtigen Stellenwert hat. Aufgabe der schulischen Bildung ist es, sowohl im Unterricht als auch im Leben miteinander, in Entscheidungsprozessen und bei der Lösung von Konflikten zu einem bewussten Umgang mit herrschenden Machtverhältnissen beizutragen. Die Schule ist ein entscheidender Ort dafür, traditionelle Rollenbilder zu überwinden, für Mädchen und Frauen Handlungsspielräume zu vergrößern und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Erziehende und Lehrende müssen in Hinblick auf geschlechtsspezifische Sozialisation umfassend fortgebildet und qualifiziert werden.

DIE LINKE fordert eine universelle Bildung. Fächer wie Kunst, Musik, Werken, Schwimmen und Sport sind für die Entfaltung von Kreativität und die motorische Entwicklung der Lernenden von unschätzbarem Wert. Wir wollen, dass diesen Fächern ein Kontingent von mindestens zehn Wochen-Schulstunden zugeteilt wird.

DIE LINKE tritt für mehr Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe ein. Nur aus finanziellen Gründen hat die Landesregierung die Wahlmöglichkeiten eingeschränkt. Dies wird den Herausforderungen einer modernen Bildungspolitik nicht gerecht. Wir werden deshalb für die Wiedereinführung des Kurssystems in der Oberstufe streiten.

DIE LINKE möchte das interkulturelle Verständnis stärken, um friedliches Zusammenleben zu fördern. Deshalb setzen wir uns für einen verpflichtenden Ethik-Unterricht ein, der das gemeinsame der verschiedenen Kulturen betont. Dieser Unterricht schließt religionskundliche Inhalte ein und soll den konfessionellen Religionsunterricht an den Schulen ersetzen.

DIE LINKE fordert Schulen, an denen sich die Kinder und Jugendlichen wohl fühlen. Der Sanierungsstau an unseren Schulen ist riesengroß. Undichte Fenster, baufällige Klassenräume, viel zu kleine oder fehlende Mensen, nicht vorhandene Sport- und Schwimmhallen, veraltetes Schulmaterial und viele weitere Defizite prägen den Schulalltag. Das Land muss den Kommunen helfen, den Sanierungsstau zu beheben.

DIE LINKE wird sich im Landtag für eine verbesserte Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler und der Eltern bei Lerninhalten und dem Schulhaushalt einsetzen. Wir wollen erreichen, dass bei allen Entscheidungen der Schulkonferenzen die Drittelparität gilt. Das Veto-Recht der Lehrerinnen und Lehrer soll abgeschafft werden.

DIE LINKE fordert die Rücknahme des Pflichtstundenerlasses. Lehrerinnen und Lehrern muss ausreichend Zeit für Fort- und Weiterbildung eingeräumt werden. Zusätzliches Engagement der Lehrenden muss belohnt werden. Ohne motivierte Lehrerinnen und Lehrer geht gar nichts. Die Praxis, Lehrkräfte befristet einzustellen, schafft ein Klima der Unsicherheit, das dem Unterricht schadet. Die CDU/FDP-geführte Landesregierung hat die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer verlängert. Dies ist genau der falsche Weg.

DIE LINKE möchte die Ausbildung des Lehrpersonals praxisorientierter gestalten. Praktika in den Schulen müssen schon zu Beginn der Ausbildung erfolgen. Die pädagogischen Aspekte der Studiengänge müssen ausgebaut werden. Allen angehenden Lehrkräften soll ohne Wartezeit ein Referendariat vermittelt werden. Die Studiengänge müssen den neuen Bedingungen an den Schulen angepasst werden.

DIE LINKE plädiert für differenzierte Lernberichte, die den Wissenstand der Lernenden und die nächsten Lernziele beinhalten, ohne Angst und Schrecken zu verbreiten. Wir wollen den Spaß und die Neugier am

Lernen fördern. Wir bewerten unsere Kinder nicht von eins bis sechs. Ein auf Noten ausgerichtetes Bildungssystem widerspricht pädagogischen Erkenntnissen.

## *Jugendliche ausbilden*

Viele Jugendliche finden in Schleswig-Holstein immer noch keine Lehrstelle. Zudem befinden sich Tausende in Warteschleifen, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auf der anderen Seite beklagen sich viele Unternehmen über zu wenige Fachkräfte. Das zeigt, dass der Staat eingreifen muss, die marktwirtschaftlichen Regulierungsmechanismen funktionieren nicht.

Viele Unternehmen haben sich inzwischen vollständig aus der beruflichen Ausbildung junger Menschen zurückgezogen. Die Betriebe, die noch ausbilden, müssen dadurch Mehrbelastungen in Kauf nehmen und die Kosten für nicht ausbildende Betriebe mittragen.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Gewerkschaftsjugend: Betriebe, die nicht ausbilden, müssen umgelegt werden, einen entsprechenden Ausgleich zahlen.

DIE LINKE fordert:

- Ein Landesprogramm für die Gewährleistung der beruflichen Ausbildung
- Bereitstellung von ausreichend Ausbildungsplätzen, die eine freie Berufswahl (Art. 12 GG) gewährleisten
- Zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in den Landesbehörden, die mindestens zur Hälfte mit Mädchen zu besetzen sind
- Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildungen
- Abschaffung des Schulgeldes in der Berufsausbildung
- Übernahme aller Auszubildenden im erlernten Beruf

DIE LINKE wehrt sich gegen die Kürzungen zu Lasten der Ausbildungsqualität und fordert:

- Rücknahme der Streichungen von Lehrstellen an den Berufsschulen
- Ausweitung des Berufsschulunterrichts
- Verkleinerung der Berufsschulklassen
- Scharfe Kontrolle des Jugendarbeitsschutzgesetzes und konsequente Überprüfung der Einhaltung der Ausbildungsrahmenpläne
- Wahlen von Jugendausbildungsververtretungen in allen Betrieben und die Absenkung des Mindestwahlalters im Betriebsverfassungsgesetz/Personalvertretungsgesetz auf 16 Jahre

DIE LINKE will gezielte Programme zum Abbau der noch immer sehr geschlechtsspezifischen Berufs- und Studienwahl von Mädchen und Jungen. Die hohe Zahl arbeitsloser Frauen ohne Ausbildung muss durch entsprechend umfangreiche Angebote für einen Schul- bzw. Ausbildungsabschluss abgebaut werden. Dieses bedarf einer regional verbindlichen Zusammenarbeit der wichtigen Entscheidungs- und Angebotsträger.

DIE LINKE wird eine Bundesratsinitiative für eine existenzsichernde

Mindestausbildungsvergütung starten, die ein selbstständiges Leben ermöglicht, dass Jugendliche während ihrer Ausbildung angemessen entlohnt werden. Eine Ausbildungsvergütung muss reichen, um die soziale kulturelle Teilhabe zu ermöglichen – hierzu gehört insbesondere auch eine eigene Wohnung. Ausbildungsvergütungen von 230 Euro oder weniger in manchen Ausbildungsberufen sind für uns nicht akzeptabel.

## *Öffentliche Hochschulen ausbauen*

DIE LINKE Schleswig-Holstein setzt sich für den Ausbau und die Sicherung der bestehenden Hochschulen ein. Wissenschaft muss ihren Beitrag zur Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart und Zukunft leisten können. Die Zukunft unseres Landes ist verknüpft mit der Zukunft unserer Hochschulen. Eine zukunftsorientierte Hochschullandschaft eröffnet Studierenden Wahlmöglichkeiten für ein interdisziplinäres, das heißt fächerübergreifendes Studium. Erst die wissenschaftliche Debatte jenseits ökonomischer Zwänge eröffnet den nötigen Diskurs für gesellschaftliche Alternativen und die künftige Entwicklung des Landes. Die Zugänge zu den Hochschulen müssen erleichtert werden. Eine abgeschlossene Berufsausbildung oder fünfjährige Berufspraxis müssen zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung führen. Die künstliche Trennung in fachgebundene und allgemeine Hochschulzugangsberechtigung wollen wir abschaffen, perspektivisch jegliche Zugangsbeschränkung aufheben.

In Schleswig-Holstein wird zurzeit leider ein anderer Weg beschritten. Wirtschaftliche Verwertbarkeit und Effizienzgesichtspunkte bestimmen den Alltag an den Hochschulen. Zwangsexmatrikulation, Zugangsbeschränkung zum Masterstudium und fehlende Gleichstellung prägen das Bild. Die Kürzungen der Zuschüsse an das Studentenwerk erschweren vor allem Studierenden aus einkommensschwächeren Familien das Leben. Unzureichender Wohnraum in Studierendenwohnheimen und überfüllte Hörsäle kommen noch dazu.

Die Bestrebungen, die Lübecker Universität in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln, ist der falsche Weg. Das Land darf sich nicht aus seiner Verantwortung für Bildung und Wissenschaft heraus stellen.

Auch falsche Schwerpunktsetzung auf Bundesebene weist in die falsche Richtung. Die zunehmende Orientierung auf „Exzellenzinitiativen“ führt zu einem verzerrten Wettbewerb der Hochschulen. Einzelne Standorte werden gestärkt, andere werden vernachlässigt. Wenige Leuchtturmprojekte erzeugen eine Wettbewerbshierarchie und fördern die Herausbildung und Abgrenzung elitärer Einrichtungen und Cluster (vernetzte Projekte) in der Wissenschaft.

Zudem bedrängt die zunehmende Drittmittelforschung durch große Konzerne den freien Geist der Forschung. Bildung und Wissenschaft müssen ihr gesellschaftskritisches Potenzial erhalten können, frei von Profitinteressen.

Der erste sinnvolle Schritt in Richtung einer demokratischen Hochschule ist die Gewährleistung einer allumfassenden Finanzierung durch die öffentliche Hand. Dies betrifft sowohl das Studium als auch Forschung und Lehre.

Das sogenannte Kooperationsverbot bei der Bildung ist aufzuheben. Gute Bildung für alle kann nur durch eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Bund und Ländern erreicht werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit direkter Bildungsfinanzierung durch den Bund. Der bildungspolitische Kuhhandel zwischen dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein bei der Debatte um die Zukunft der Lübecker Universität hat die Absurdität des Kooperationsverbotes bewiesen.

DIE LINKE fordert:

- Finanziell ausreichende Ausstattung aller Hochschulen in Schleswig-Holstein! Dies ist die Voraussetzung für vernünftige Rahmenbedingungen bei der Hochschulausbildung

- Anpassung der Zahl von Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die steigenden Studierendenzahlen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen für die dort Beschäftigten. Befristete Verträge für das wissenschaftliche Personal müssen entfristet werden
- Rücknahme der Privatisierung und Auslagerung von Mensen und anderen Einrichtungen. Dort Beschäftigte müssen wieder bei den Hochschulen angestellt werden
- Schluss mit der Ausbeutung von Lehrbeauftragten durch erzwungene Scheinselbständigkeit
- Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren und beim wissenschaftlichen Personal auf mindestens 50 Prozent
- Eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent in allen Auswahlgremien.

Wir stehen dem Bologna-Prozess sehr kritisch gegenüber. Die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse in Europa ist gescheitert. Das Studium an den Universitäten ist zunehmend verschult. Schlanke, auf Effektivität getrimmte Studiengänge stehen unserem Ideal einer humanistischen interdisziplinären Bildung entgegen.

DIE LINKE fordert:

- Alle Studierenden mit einem Bachelorabschluss sollen einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz haben
- Die alten Diplom- und Magisterstudiengänge müssen als paralleles Angebot erhalten bleiben
- Abschaffung des Leistungspunktesystems ECTS
- Abschaffung der Programmakkreditierung durch private Agenturen

Studiengebühren in jeder Form lehnen wir ab. Sie führen dazu, dass der Hochschulzugang für Studierende ohne finanzielle Absicherung entscheidend erschwert wird.

Mehr als 60 Prozent der Studierenden müssen heute nebenbei arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Chancengerechtigkeit kann nur hergestellt werden, wenn die Unterstützung der Studierenden wieder zur Aufgabe der Politik wird.

Deshalb will DIE LINKE:

- Vorantreiben der Diskussion auf Bundesebene, um eine von den Eltern unabhängige existenzsichernde Förderung für Studierende zu realisieren
- Mehr Geld aus dem Landeshaushalt für das Studentenwerk, um preiswerte Wohnungs- und Wohnheimangebote für Studierende zu schaffen

Noch immer gibt es im schleswig-holsteinischen Hochschulgesetz keinen Rechtsanspruch auf ein Teilzeitstudium oder die Möglichkeit berufsbegleitenden Studierens. Dieses muss sich ändern. DIE LINKE fordert deshalb den Ausbau von entsprechenden Angeboten der Hochschulen. Insbesondere sind ausreichende Betreuungsangebote für Studierende mit Kind einzurichten, welche auch den Beschäftigten der Hochschulen zur Verfügung stehen. Studieren und Arbeiten mit Kind müssen miteinander vereinbar werden.

Nicht alles, was erforscht werden kann, muss auch erforscht werden. Die Einbindung der Hochschulen in die Gesellschaft ist unerlässlich, um ethisch bedenkliche Entwicklungen zu hinterfragen.

DIE LINKE fordert:

- Aufnahme einer Zivilklausel in das Hochschulgesetz. Forschung und Lehre an öffentlichen Hochschulen sollen dem Frieden und einer Politik der friedlichen Mittel verpflichtet sein

- Verstärkung der Transparenz der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft, Ausbau der demokratischen Kontrolle

Innerhalb der Universität setzen wir uns für die paritätische und geschlechtergerechte Besetzung der Gremien ein durch Studierende, wissenschaftliche Beschäftigte, nichtwissenschaftlich Beschäftigte und Professorinnen bzw. Professoren.

## *Lebenslanges Lernen fördern*

Der ständige Wandel unserer Gesellschaft erfordert ein gut ausgebautes System der Erwachsenenbildung. Es dient der beruflichen Fortbildung, der Vermittlung von demokratischen Grundwerten, von Kultur und Wissenschaft – nicht zuletzt um Bildungsdefizite im Sinne einer größeren Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger auszugleichen und jedem Menschen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung seiner Persönlichkeit zu eröffnen.

Alle Bildungseinrichtungen, von den Volkshochschulen über die öffentlichen Bibliotheken bis zu den Universitäten, müssen sich dieser Herausforderung stellen; dazu sind sie von der öffentlichen Hand besser als bisher finanziell zu fördern.

In Artikel 9 (3) der Landesverfassung heißt es: „Die Förderung der Kultur einschließlich des Sports, der Erwachsenenbildung, des Büchereiwesens und der Volkshochschulen ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“ Trotzdem versuchen immer mehr Landkreise, sich aus der Förderung des Büchereiwesens zurückzuziehen. DIE LINKE fordert: dieser verfassungswidrige Zustand muss sofort beendet werden! Wir befürworten eine gesetzliche Regelung, die alle Gebietskörperschaften einbezieht.

Nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jährlich einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung; diese Möglichkeit wird jedoch wenig in Anspruch genommen, weil viele Menschen davon nichts wissen, oder sie sich nicht trauen, Bildungsurlaub zu beantragen. DIE LINKE lehnt eine Verschlechterung der bestehenden gesetzlichen Regelung ab und fordert eine Bildungsoffensive in Betrieben und Verwaltungen, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund.

In unserer heutigen Gesellschaft mit ihrer rasanten kulturellen, sozialen und technischen Entwicklung gibt es täglich neues zu lernen. Erwachsenenbildung muss dem Rechnung tragen.

DIE LINKE fordert deshalb den Aufbau eines umfassenden Systems des „Zweiten Bildungsweges“.

## Kultur nicht kommerzialisieren – kulturelle Vielfalt fördern

Zugang zu Kultur und Bildung, zu traditionsreichen und modernen Kultur- und Kommunikationsformen, ist eine wichtige Voraussetzung für das Zusammenleben von Menschen. Kultur und Bildung werden immer mehr über soziale Chancen der einzelnen Menschen und die Perspektiven unseres Landes entscheiden.

Kulturelle Aktivität muss allen Menschen möglich sein, das kulturelle Erbe des Landes muss allen offenstehen und zugänglich sein.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Die kulturelle Infrastruktur, kulturelle Angebote und das kulturelle Erbe des Landes muss nicht nur erhalten, sondern ausgeweitet werden
- Rücknahme der Kürzungen im Kulturbereich auf Landesebene, sowohl im Bereich der Soziokultur als auch beim Landestheater und bei der Jazz-Baltica
- Freien Eintritt in die Schleswig-Holsteinischen Museen
- Ein Kulturticket für Betroffene von Hartz IV, Sozialhilfe oder Bezieher von Grundsicherung, das zum Eintritt in öffentliche Kultureinrichtungen berechtigt
- Strukturelle Förderung, Ausbau und Stärkung von interkulturellen Aktivitäten und kultureller Bildungsarbeit
- Keine Änderung des Denkmalschutzes, die private Eigentümer oder das Land aus der Pflicht entlässt, dieses kulturelle Erbe zu bewahren

Kultur ist nicht nur ein entscheidender Faktor, wenn es um die Selbstverwirklichung des einzelnen Menschen geht. Kultur ist ein Maßstab für die Lebensqualität in Kommunen und Kreisen. Immer mehr Menschen suchen ihren Wohnort nicht mehr allein nach Verkehrsanbindung und Immobilienpreisen aus, sondern auch nach einem qualifizierten Bildungsangebot und nach vielfältigen kulturellen Angeboten.

Unser Land ist vielsprachig, doch einige Sprachen bedürfen der besonderen Pflege und eines besonderen Schutzes. DIE LINKE setzt sich für die Bewahrung und Pflege der friesischen und der niederdeutschen Sprache und der kulturellen Vielfalt ein.

Die Soziokultur und andere Formen der Basiskultur haben für DIE LINKE einen besonderen Stellenwert. Kultur hat nicht nur eine identitätsstiftende Wirkung, sie lebt auch von ihren Beziehungen zu und dem Austausch mit anderen Kulturen. Auch diese, durch Menschen aus anderen Kulturkreisen in unserem Land vertretenen Kulturen bedürfen der Förderung. Das Modell einer „Leitkultur“ hat versagt und sich als falsch erwiesen, weil es nicht mit einem demokratischen Gemeinwesen vereinbar ist.

Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Auseinandersetzung mit der faschistischen Terrorherrschaft und Gedenken an Millionen Opfer dieses Terrors ist dabei der zentrale Punkt. Antifaschistische Kultur ist Befreiungskultur und notwendig, damit der Faschismus in Deutschland endgültig der Vergangenheit angehört.

## Guter Lohn für gute Arbeit

Sinnvolle, menschenwürdige und die Existenz sichernde Arbeit ist ein Menschenrecht. In Schleswig-Holstein sind aber immer noch 100.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Dazu kommen circa 27.000, die in den

letzten Jahren aus den Arbeitslosenstatistiken gestrichen wurden, obwohl sie keine Arbeit haben. Zwischen 2008 und 2010 ist die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten sogar noch gefallen.

Zudem gibt es immer mehr Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. 23,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein arbeiten im Niedriglohnbereich. Das ist der traurige Spitzenplatz unter den westdeutschen Bundesländern, und es werden jedes Jahr mehr. Vor allem Frauen sind von Niedriglöhnen betroffen. Hier liegt der Anteil inzwischen bei 41 Prozent.

Heute müssen sogar über 10.000 Vollerwerbstätige in Schleswig-Holstein zusätzlich Unterstützung nach Hartz IV beantragen, um über die Runden zu kommen. Dazu kommen noch viele Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte. So bezahlt der Staat indirekt über Lohnzuschüsse die Profite der Unternehmen, jedes Jahr mehrere Millionen Euro, auch in Schleswig-Holstein.

Dies ist das Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Arbeitslosigkeit und schlechte Bezahlung sind ein gesellschaftliches Problem und keine Last, mit denen die betroffenen Menschen allein gelassen werden dürfen.

Über ein modernes Tariftreue- und Vergabegesetz kann das Land Schleswig-Holstein dazu beitragen, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Nur Unternehmen, die soziale und ökologische Mindestkriterien erfüllen, dürfen öffentliche Aufträge erhalten.

Dazu gehören für DIE LINKE:

- Einhaltung der Tariflöhne
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Angemessene Ausbildungsquote in den Betrieben
- Unterstützung der Bildung von Betriebsräten
- Aktive Frauenförderung
- Ressourcenschonende und energieeffiziente Produktionsweisen
- Einhaltung der Bedingungen des fairen Handels (fair trade) über die gesamte Produktions- und Vertriebskette

Auch Betriebe, die weniger als 10 Euro pro Stunde zahlen und Betriebe, die Branchenmindestlöhne unterlaufen, sind von der Auftragsvergabe auszuschließen. Dies muss auch für beteiligte Subunternehmen gelten.

Über eine Bundesratsinitiative will sich DIE LINKE im Landtag dafür einsetzen, endlich einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn in Höhe von 10 Euro durchzusetzen. Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Generell brauchen wir eine Diskussion über die Zukunft der Arbeit. Zur Zeit sind Deutschland auf der einen Seite Millionen von Menschen erwerbslos, während Millionen andere in ihrem Job arbeiten, bis sie umfallen. Eine neue Verteilung der bezahlten, aber auch der nicht bezahlten Arbeit ist nötig.

Die für den Erhalt und die Entwicklung der Gesellschaft erforderliche Arbeit umfasst mehr als nur die Erwerbsarbeit. Der größte Teil der täglich zu leistenden Arbeit wird vielmehr unentgeltlich im Haushalt, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich geleistet. Zum größten Teil von Frauen. Ohne diese nicht-bezahlte Arbeit könnten weder wirtschaftliche Entwicklung noch gesellschaftliches Zusammenleben funktionieren. Deshalb streiten wir für eine Neubewertung der Arbeit und für eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf allen Ebenen.

## Arbeitsmarkt für Frauen öffnen

Frauen müssen bei allen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mindestens entsprechend ihres Anteils an den Arbeitssuchenden beteiligt werden. Sie brauchen spezielle Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote, um sich neue Chancen und Beschäftigungsfelder zu erschließen. Frauen werden immer noch schlechter entlohnt als Männer.

DIE LINKE Schleswig-Holstein fordert:

- Existenzgründungen von Frauen verstärkt durch Landesmittel zu fördern
- Finanzierung der erfolgreichen Beratungsstellen Frauen und Beruf aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE)
- spezielle Projekte zur Ermöglichung eines Schulabschlusses oder einer Berufsausbildung mit integrierter Kinderbetreuung
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, um durch flexiblere Arbeitszeitmodelle die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer zu ermöglichen
- Bessere Betreuung von Kindern auch in den Schulferien – im Interesse der erwerbstätigen oder arbeitsuchenden Eltern und ihrer Kinder
- Strikte Einhaltung der EU-Gendervorgaben bei der Beteiligung des Landes an europäischen Programmen

## *Für die Menschen wirtschaften*

Es ist notwendig, einen neuen Weg wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen, der mit den menschlichen Bedürfnissen und den ökologischen Erfordernissen im Einklang steht. Die notwendige Umorientierung der Wirtschaftspolitik auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit wird umfangreiche Innovations- und Investitionsprozesse in Gang setzen und schon mittelfristig mehr Arbeitsplätze schaffen.

DIE LINKE fordert:

- Konsequente Förderung von Ressourcen schonenden Technologien
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Stärkung der Region
- Ausbau und die Weiterentwicklung der regenerativen Energien
- Realisierung eines sozial gerechten und umweltschonenden Öffentlichen Nah- und Regionalverkehrssystems mit Bussen und Bahnen in Schleswig-Holstein
- Förderung von Betriebsgründungen und Betriebsübernahmen in gemeinwirtschaftliche Eigentumsformen, wie etwa Genossenschaften

DIE LINKE setzt sich für eine stärkere Regulierung der familienfeindlichen Ladenöffnungszeiten in Schleswig-Holstein ein, auch um die Belastungen für die Beschäftigten zu verringern.

## *In die Zukunft investieren*

Auch in Schleswig-Holstein decken die meisten Betriebe ihre Investitionen zu 80 bis 90 Prozent durch Fremdkapital ab. Dies geschieht vor allem über Banken und Sparkassen.

Über die Investitionsbank Schleswig-Holstein und über die HSH Nordbank kann das Land direkt und indirekt die Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein beeinflussen. Auch die Sparkassen sind für die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein von großer Bedeutung.

Wir wollen das Sparkassengesetz nach der Landtagswahl ändern. Sparkassen dürfen nicht Profitinteressen unterliegen, sonst können sie ihren Auftrag für die heimischen Betriebe nicht erfüllen. Das Gleiche gilt für die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Landesbank.

Öffentliche Subventionen sind auch an Gegenleistungen zu koppeln. Wir werden uns dafür einsetzen, das Modell des mittelständigen Investitionsfonds der Investitionsbank mit einem Programm des öffentlichen Vermögensaufbaus zu verbinden.

Im Rahmen eines öffentlichen Investitionsprogramms für Schleswig-Holstein wollen wir die Liegenschaften des Landes ökologisch sanieren. Den baulichen Masterplan für die Universitätskliniken Schleswig-Holstein wollen wir im Rahmen des laufenden Haushaltes umsetzen. Das Geld für diese Maßnahmen bleibt bei Auftragsvergabe an die heimische Bauwirtschaft im Land.

Die Finanzierung von infrastrukturellen Maßnahmen über ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private Partnerschaften) lehnen wir ab. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen Projekten haben gezeigt: Der Profit verbleibt bei den Privaten, das Risiko und die Kosten bleiben bei der Öffentlichen Hand. ÖPP-Projekte sind teuer und schaden zudem der heimischen Wirtschaft.

Wir werden den schleswig-holsteinischen Kommunen bei der Rekommunalisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Seite stehen. Dafür werden wir Initiativen für Öffentlich-Öffentlich-Partnerschaften (ÖÖP) starten.

## *Neue Arbeit schaffen*

Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb fordern wir den Einstieg in einen „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ (ÖBS) mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, von denen die Menschen leben können. In Schleswig-Holstein gibt es genug zu tun, im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich. Wir wollen die notwendige Arbeit anpacken, sinnvolle Arbeit, die allen zu Gute kommt. Unser ÖBS-Konzept garantiert die Bezahlung nach Tarif und existenzsichernde Beschäftigung. Wir wollen im ÖBS mehrere Tausend Arbeitsplätze schaffen.

Der Selbstfinanzierungseffekt öffentlich geförderter Arbeit liegt bei 60 bis 70 Prozent. Dies wird erreicht durch eingesparte Lohnersatzleistungen und andere Transferzahlungen sowie durch einen Rückfluss an Steuern und Sozialabgaben aus den neuen Arbeitsverhältnissen. Wir wollen zudem die Gelder für „Ein-Euro-Jobs“ und für die sogenannte „Bürgerarbeit“ für diese neuen vollwertigen Arbeitsverhältnisse umwidmen. Zusätzliche Unterstützung kommt aus dem europäischen Sozialfonds.

Genossenschaftliche und kommunale Betriebe, soziale, ökologische, feministische, Bildungs- und andere Initiativen, Selbsthilfegruppen und Stadtteilinitiativen können Träger einer solchen Struktur gemeinnütziger Projekte werden.

## *Den Öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen*

Auch das Land und die Kommunen als öffentliche Arbeitgeber müssen eine aktive Rolle bei der Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen spielen. Die Vorstellungen der Landesregierung, in den nächsten acht Jahren 5.300 Arbeitsplätze im Landesdienst abzubauen, sind inakzeptabel. Dies gilt auch für die Pläne von SPD und Grünen, die bis zu 4.800 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst vernichten wollen. Schon heute ist in keinem anderen Bundesland die Anzahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Verhältnis zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner so gering wie in Schleswig-Holstein.

Für die Erfüllung der Landesaufgaben brauchen wir gut motiviertes und gut ausgebildetes Personal, in den Schulen, in den Gerichten, bei der Polizei genauso wie in der Landesverwaltung.

Wir werden auf die hälftige Beteiligung von Frauen und Männern in den hohen Entgelt- und Besoldungsgruppen bestehen.

## *Werftstandorte unterstützen*

DIE LINKE setzt sich für die Erhaltung der schleswig-holsteinischen Werft-Standorte und für die Sicherung der Technologie und der Arbeitsplätze ein. Dies schließt die Bereitstellung der Schiffbau-Subventionen ebenso ein wie die Zwischenfinanzierung von Aufträgen. Den Werften muss vor allem bei nötigen Umstrukturierungen, zum Beispiel bei der Erweiterung ihres Angebotsprofils im Rahmen der notwendigen Energiewende, unter die Arme gegriffen werden. Schleswig-Holsteinische Werften sollen dem Frieden dienen und nicht dem Krieg. Wir lehnen den Kriegsschiffbau ab. DIE LINKE fordert die zivile

Umstrukturierung zum Erhalt der Arbeitsplätze.

## *Mit Landwirtschaft Zukunft sichern*

Die Landwirtschaft nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Schaffung der menschlichen Lebensgrundlagen. Sie hat die Aufgabe, gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu liefern, die allen Menschen zukommen sollten. Landwirtschaft ist ebenso verantwortlich für den Erhalt und Schutz von Boden, Wasser und Luft als Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Über die Vermarktung der Produkte und den ländlichen Tourismus ist sie zentraler Pfeiler für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten im ländlichen Raum.

All diese Leistungen werden der Landwirtschaft nicht in angemessener Weise honoriert. Das Einkommen der Landwirte liegt weit unter dem gewerblichen Vergleichseinkommen. Immer mehr Landwirte in Schleswig-Holstein müssen ihren Betrieb aufgeben.

Die heutige Subventionspraxis fördert überproportional Großbetriebe und Agro-Konzerne. Für Schleswig-Holstein fordern wir aus sozialen und ökologischen Gründen eine verstärkte Unterstützung der „bäuerlichen Landwirtschaft“.

Besonders schlecht ist die Einkommenssituation bei Frauen in der Landwirtschaft. Frauen verdienen im Durchschnitt für die gleiche oder gleichwertige Tätigkeit 27 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Einkommensschere ist in keiner Branche so groß wie in der Landwirtschaft. Unsere Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit muss auch in der Landwirtschaft umgesetzt werden.

DIE LINKE will zukunftsfähige, sozial gesicherte Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Wir wollen die Bedingungen für eine differenzierte Produktionsweise schaffen. Voraussetzung hierfür ist die Wiederherstellung von regionalen Stoffkreisläufen, die nachhaltige Nutzung von Boden und Wasser sowie die Vermeidung unnötiger Transporte.

DIE LINKE setzt sich für den sozial-ökologischen Umbau ein. Wir sind davon überzeugt, dass die Natur nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort geschützt werden kann. Umweltschutz darf nicht bäuerliche Existenzen gefährden, Landwirtschaft andererseits aber auch nicht die Gesetze der Nachhaltigkeit verletzen.

DIE LINKE fordert:

- Angemessene Entlohnung der gesellschaftlich notwendigen landwirtschaftlichen Arbeit
- Schaffung regionaler Kreisläufe zur Vermeidung von Transporten durch regionale Vermarktungsstrukturen
- Dezentrale, gebietsbezogene Förderpolitik, bei deren Gestaltung den Menschen breite demokratische Mitwirkung ermöglicht wird
- Verbot von gentechnischen Verfahren im Rahmen der Lebensmittelproduktion
- Rücknahme der Streichung der Förderungen für den ökologischen Landbau
- Eine Bildungs- und Beschäftigungsoffensive in den ländlichen Räumen insbesondere für Frauen und Jugendliche
- Gesunde Nahrung darf kein Luxus sein!

Unsere Landwirtschaftspolitik will den Ausbau der regionalen Landwirtschaft, die mit Hilfe ökologisch-nachhaltiger Kreisläufe unsere Kulturlandschaft schützt, eine artgerechte Tierhaltung gewährleistet und gesunde Lebensmittel produziert.

## *Tourismus stärken*

Über zehn Prozent der Beschäftigten in Schleswig-Holstein arbeiten inzwischen im Tourismus. Unser Land zwischen den Meeren bietet eine optimale Voraussetzung für schöne Urlaubstage, sanften und umweltschonenden Tourismus. Die derzeitige Ausrichtung des Tourismus auf so genannte „Best Ager“ und einkommensstarke Touristinnen und Touristen, wollen wir um Angebote für alle Bevölkerungsschichten ergänzen. Auch einkommensschwächere Familien sollen bei uns unbeschwert Urlaub machen können.

Den jahreszeitabhängigen Tourismus wollen wir durch zusätzliche Angebote im Bereich Gesundheit und Rehabilitation ergänzen und weiter ausbauen. Damit noch mehr Menschen in diesem Bereich Arbeit finden, werden wir uns auf Bundesebene dafür stark machen, die präventive Gesundheitspolitik, Mutter/Vater-Kind-Kuren und andere präventive Angebote endlich wieder in den Vordergrund zu stellen.

## *Technologiepolitik stärken*

In Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren eine umfangreiche Technologielandschaft entwickelt. In vielen Städten sind Technologiezentren entstanden. Medizin-, Laser- und Umwelttechnik bilden den Schwerpunkt. Wir wollen Schleswig-Holstein zum Technologieland ausbauen. Hier liegt zusätzliches Potential für Tausende qualifizierte zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Universitäten wollen wir verstärkt in diesen Prozess einbinden. Die Technologieförderung ist zukünftig an die sozialen, kulturellen und ökologischen Anforderungen zu binden. Werden neue Technologien durch öffentliche Gelder gefördert, so muss dies mit einer Technologiefolgeabschätzung einhergehen.

## *Friedlich wirtschaften*

Schleswig-Holstein mit seiner Strukturschwäche ist mit einer schwerwiegenden strukturellen Hypothek belastet: dem hohen Anteil von Rüstungsproduktion und den zahlreichen Bundeswehrstandorten. Diese Wirtschaftsausrichtung ist ein Hindernis auf dem Weg zu einer sozialen, humanen Wirtschaftspolitik. Angesichts der Umstrukturierung der Bundeswehr werden viele Bundeswehrstandorte wegfallen. Zudem gibt es eine Garantie für rüstungsindustrielle Arbeitsplätze nur in einer fortwährend kriegerischen Welt – ein zutiefst unmenschliche und irrwitzige Garantie.

DIE LINKE will die Debatte um Rüstungskonversion hierzulande neu beleben und mit Gewerkschaften, Betriebsräten und allen Betroffenen aus Gemeinden und Regionen gemeinsame Wege der Umwandlung militärischer Anlagen, Liegenschaften und Industrien finden. Der Wegfall von Bundeswehrstandorten kann auch eine Chance für eine nachhaltige Entwicklung sein, wenn entsprechende Konversionsprojekte tatkräftig gefördert werden.

## *Den ländlichen Raum beleben*

Wir wollen die Entwicklung von regionalen Förderkonzepten für den ländlichen Raum unter aktiver demokratischer Mitwirkung der Bevölkerung. Dabei müssen andere Wirtschaftsbereiche des ländlichen Raumes wie Tourismus, Weiterverarbeitung und

Vermarktung von Lebensmitteln, Landschaftspflege, kommunale Aufgaben etc. eingebunden werden. Dies ist Voraussetzung für die Belebung des ländlichen Raumes und für die Schaffung weiterer Beschäftigungsmöglichkeiten.

## Frauen stärken

Die bestehenden Herrschaftsstrukturen zwischen Frauen und Männern sind nach wie vor ein entscheidendes Hindernis für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir immer noch weit entfernt. Die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung, die Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt sowie das Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, sind noch immer nicht erfüllt.

DIE LINKE steht für eine geschlechtergerechte Gesellschaft und die konsequente Umsetzung feministischer Ansprüche und deren Weiterentwicklung.

Wir wollen auch mit Blick auf unsere skandinavischen Nachbarn die Lebensbedingungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit grundsätzlich verändern.

Für DIE LINKE ist Frauenpolitik keine Nischenpolitik von und für Frauen, sondern eine Querschnittsaufgabe, die sich auf alle Politikfelder erstreckt. Von daher sind die frauenspezifischen Aspekte jeweils in den entsprechenden Programmteilen ausgeführt und werden hier nur kurz zusammengefasst.

DIE LINKE fordert:

- Bereitstellung der notwendigen Landesmittel für die Bereitstellung einer flächendeckenden, gebührenfreien, öffentlichen Kinderbetreuung.
- Einrichtung von Beratungsstellen zur Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen, zur Existenzförderung von Frauen und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Einrichtung eines Landesprogramms zum Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternphase
- Ein Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen, um Unternehmen, Kommunen und Verwaltung zu beraten
- Einheitliche, vom sozialen und aufenthaltsrechtlichen Status der Frauen unabhängige Finanzierung von Schutzeinrichtungen für Frauen in Not, unabhängigen Frauenberatungsstellen und Frauenprojekten
- Rücknahme der Mittelstreichungen für die Mädchentreffs
- Rücknahme aller Kürzungen, die im Rahmen des Doppelhaushaltes 2011/2012 zu Lasten der Frauen durchgeführt worden sind
- Festlegung des Stundenumfanges der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf mindestens die Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit

- Eine gezielte Weiterbildung von Frauen und Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund
- Konsequente Umsetzung des Grundsatzes »gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit« und die Ersetzung von Minijobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung
- Den Erhalt und Ausbau von Frauenbeauftragten in den Kommunen und die Erweiterung ihrer Kompetenzen
- Ausbau der bestehenden autonomen Strukturen für Frauen und Mädchen
- Die Besetzung aller Führungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes mit einer Quote von 50 Prozent Frauen auf allen Ebenen bis zum Jahre 2017

Wir fordern, alle haushaltsrelevanten Entscheidungen auf ihre Auswirkungen in Hinblick auf Frauen zu überprüfen (Gender Budgeting).

## Ein soziales Netz gegen Gewalt an Frauen schaffen

Überall wird die körperliche und seelische Unversehrtheit von Frauen und Mädchen, quer über alle sozialen Klassen sowie kulturellen und religiösen Grenzen hinweg, verletzt – auch in Schleswig-Holstein. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist keine Privatsache, sondern Ergebnis der gesellschaftlichen Macht – und Ressourcenverteilung zu Lasten der Frauen.

DIE LINKE in Schleswig-Holstein steht für eine Politik, die Gewalt gegen Frauen bekämpft und die Unterstützung der Betroffenen garantiert.

DIE LINKE fordert:

- Ein umfassendes Konzept des Landes zur Gewaltprävention unter Einbeziehung des Bildungswesens
- Förderung regionaler Netzwerke zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Schleswig-Holstein
- Aufstockung der Landesmittel für Frauenberatungsstellen, Frauen-Notrufe und Frauenhäuser und eine feste Bettenfinanzierung unabhängig von aktuellen Belegzahlen und sozialem Hintergrund
- Frauen- und Sammeltaxen für die Abend- und Nachtstunden und das Anbringen von Notrufsäulen an entlegenen Bushaltestellen
- Finanzielle Absicherung der Fachberatung für Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution

## Umwelt bewahren – den ökologischen Umbau konsequent sozial gestalten

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens, aller menschlichen Aktivitäten. Sie leidet immer mehr unter den umweltschädigenden Mechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Grundlage zur Realisierung von Profiten auch der Raubbau an der Natur ist. Die sozial-ökologische Wende muss auch mit einer grundlegenden

Veränderung der Lebens- und Produktionsweise einhergehen.

Die Bewahrung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen sind Voraussetzung für den Erhalt einer hohen Lebensqualität in Schleswig-Holstein. Eine gesunde Umwelt ist unverzichtbar.

Für die Verursacher ist die Verschmutzung der Wälder und des Wassers, der Luft und des Bodens auch heute noch weitgehend kostenlos. Dagegen werden notdürftige Reparaturen zur Beseitigung der größten Umweltsünden von der Gesellschaft getragen. Nur durch die konsequente Durchsetzung von Umweltauflagen kann die Natur geschützt werden.

Wir brauchen bei der notwendigen Energiewende transparente Informationen und einen umfangreichen Dialog mit den Betroffenen. Nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort kann Naturschutz umgesetzt werden. Deshalb müssen die sozialen Interessen beim notwendigen Umbau nicht nur berücksichtigt werden, sie müssen Ausgangspunkt einer gerechten Umweltpolitik sein.

Für DIE LINKE besitzt die Einsparung von natürlichen Ressourcen und gleichzeitig die effektive Förderung der Erforschung und Anwendung regenerativer Energien oberste Priorität. Nur so können dramatische Klimaveränderungen verlangsamt oder sogar aufgehalten werden.

Das Land Schleswig-Holstein steht darüber hinaus in der besonderen Verantwortung, den folgenden Generationen die Vielfalt der Regionen durch konsequenten Naturschutz zu erhalten.

## *Für eine sozial-ökologische Energiewende*

Energieversorgung ist für DIE LINKE Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss dezentral organisiert werden, die Energiekonzerne müssen entmachtet werden. Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen selbst entscheiden können, wie ihr Strom produziert wird.

Die Versorgung mit Elektrizität ist ein grundlegendes Bedürfnis des modernen Menschen. Es muss einen Rechtsanspruch auf Energieversorgung geben, Menschen in finanzieller Not darf der Strom nicht abgeschaltet werden. Dem fortgesetzten Missbrauch von Marktmacht, der ständigen Erhöhung von Energiepreisen zur Realisierung von Konzernprofiten der vier großen Energiekonzerne, muss durch gesetzgeberische Tätigkeit ein Ende bereitet werden.

Schleswig-Holstein muss perspektivisch seinen Energiebedarf zu 100 Prozent regenerativ erzeugen. Die stärkere Förderung von Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse ist die Voraussetzung dafür. Nur durch eine schnelle Energiewende wird sich ein ökologisches Desaster noch vermeiden lassen.

Wir treten für eine soziale, regionale, demokratische und regenerative Energieversorgung ein.

Die LINKE Schleswig-Holstein fordert:

- Verbot von Stromabschaltungen für private Haushalte und die Einführung von Sozialtarifen für Hartz IV-Beziehende und Menschen mit niedrigem Einkommen
- Ausweitung der Fläche für Windenergieanlagen auf Prozent der Landesfläche unter angemessener Beteiligung der Kommunen, Bürgerinnen und Bürger. Ausreichende Abstände, insbesondere auch zu potenziellen Landschaftsschutzgebieten und historischen Kulturlandschaften, sind zu wahren
- Eine Solar-Initiative des Landes. Auf den energetisch zu sanierenden Liegenschaften des Landes sollen Photovoltaikanlagen installiert werden
- Ein kommunales Energiewende-Programm des Landes mit dem Ziel, Energie öffentlich und dezentral zu produzieren und den Energieverbrauch zu senken. Den Kommunen soll damit ermöglicht werden, Investitionen in Solarenergie und Windparks oder andere regenerative Energien zu tätigen und die energetische Sanierung der Liegenschaften voranzutreiben. Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zur Schaffung kurzer Energiewege und hoher Wirkungsgrade sind als Alternative zu Großtechnologien zu fördern.
- Stadtwerke müssen wieder vollständig in die Hand der Kommunen kommen und gestärkt werden

Der rasante Ausbau der Biogasproduktion auf dem Land hat zu einer negativen Entwicklung geführt, die den Boden stark gefährdet, Flora und Fauna schädigt und die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigt. Auf Acker- und Grünlandflächen sollen Nahrungsmittel produziert werden. Bei der Biogasproduktion auf dem Land wollen wir organische Abfall- und Reststoffe sowie Landschaftspflegematerialien verwenden. Das Energiewirtschaftsgesetz (EEG) muss deshalb umgehend geändert werden.

Die Nutzung der Atomtechnologie lehnt DIE LINKE strikt ab. Sie verursacht täglich Umweltkatastrophen in den Uranabbaugebieten und spätestens seit dem schrecklichen Reaktorunglück in Fukushima weiß jeder Mensch, dass das sogenannte „Restrisiko“ sehr real ist. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaltung des AKW Brokdorf. Ein Weiterbetrieb bis zum Jahr 2021 ist unakzeptabel.

Kohlekraftwerke sind keine Alternative und gefährden notwendige Klimaschutzmaßnahmen. Die CCS-Technologie, die Abscheidung und Beförderung von CO<sub>2</sub> in unterirdische Anlagen, ist zu Recht auf massiven Widerstand der Bevölkerung gestoßen. DIE LINKE lehnt den Einsatz dieser Risikotechnologie und den Neubau von Kohlekraftwerken entschieden ab.

Die Umstellung der Energieversorgung hat auch Auswirkungen auf die Stromnetze im Land. DIE LINKE tritt dafür ein, die nötige Energie möglichst dort zu erzeugen, wo sie verwendet wird. Ressourcenschonende Technologien zur Energiespeicherung müssen entwickelt werden. Zusätzlich notwendige Stromleitungen innerhalb von Schleswig-Holstein sollen zügig, aber auf jeden Fall umweltschonend und unter der gesetzlich festgeschriebenen Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung ausgebaut werden. Eine Verkürzung des Rechtsweges lehnt DIE LINKE ab. Wir plädieren dafür, die Energienetze wieder in die öffentliche Hand zu überführen.

Auf allen Ebenen kämpft DIE LINKE für konsequente Umweltschutzgesetze, um energie- und ressourcensparendes, klima- und gesundheitsschützendes Handeln zu verwirklichen.

## *Verkehrspolitik sozial-ökologisch ausrichten*

Die Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein ist einseitig auf das Auto ausgerichtet. Gleichzeitig wird der Öffentliche Personen Nah- und Regionalverkehr nicht ausreichend gefördert und immer teurer. Eine zukunftsorientierte ökologisch ausgerichtete Verkehrsplanung schafft attraktive und günstige Angebote im Regional- und Nahverkehr.

Oftmals können sich ältere Menschen, vor allem aber viele Frauen, nicht ausreichend frei bewegen. Sie sind auf einen funktionierenden Öffentlichen Personen Nah- und Regionalverkehr, auf spezielle Sammeltaxis für Frauen oder auf verbilligte Taxifahrten für Frauen angewiesen.

Für DIE LINKE ist Mobilität ein Grundrecht, notwendige Bedingung für Freizügigkeit und selbstbestimmte Teilhabe am sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Hierfür ist eine abgestimmte und sozial-ökologische Verkehrsplanung erforderlich, die sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner orientiert und sie an den Entscheidungen in diesem Bereich direkt beteiligt.

Eine konsequente Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs muss hierbei ein Schwerpunkt bilden wie die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserwege.

DIE LINKE fordert:

- Ein Landesprogramm zur Rekommunalisierung privatisierten ehemals öffentlichen Personennahverkehrs
- Wiederherstellung von stillgelegten Bahntrassen und einen Ausbau des Schienennetzes
- Einrichtung und Reaktivierung ehemaliger Haltestellen und Bahnhöfe sowie deren barrierefreien Ausbau.
- Abschaffung der ersten Klasse in den Bahnen zur effizienteren Nutzung der Verkehrskapazitäten
- Wiedereinführung bzw. den Bau von schienengebundenen Verkehrssystemen in Städten und Regionen zur Personenbeförderung (Stadtregionalbahnprojekte in Kiel und Lübeck)
- Ausbau eines flächendeckenden Linienbusverkehrs in den ländlichen Regionen
- Vergünstigte Sammeltaxen, die im ländlichen Raum helfen können, Lücken zu schließen
- Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit, Ausschöpfung der vorhandenen Sicherheitspotenziale. Nach schwedischem Vorbild ist ein Masterplan „Vision Zero“ umzusetzen
- Den sofortigen Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und die Errichtung der fünften Schleuse in Brunsbüttel
- Eine Bundesratsinitiative des Landes zur endgültigen Verhinderung des Börsenganges der Deutschen Bahn AG

- Zurücknahme der Sondergenehmigungen für den Betrieb von sogenannten Gigaliner-LKW

Die großen Straßenbauprojekte wie die feste Fehmarn-Belt-Querung, die Weiterführung der A20 über die Elbe oder den sechsspurigen Ausbau der A7 Richtung Dänemark lehnen wir ab. Diese Projekte sind unwirtschaftlich und werden den Anforderungen einer bedarfsorientierten Verkehrspolitik nicht gerecht. Wir werden den Schwerpunkt auf den Erhalt und die Modernisierung von vorhandenen Straßen durch Streckenleitsysteme und Ausweichmöglichkeiten bei hohem Verkehrsaufkommen legen.

Mobilität ist eine Frage des Einkommens. Viele Menschen können sich die hohen Preise im Öffentlichen Nah- und Regionalverkehr und in den Bahnen nicht mehr leisten. DIE LINKE streitet dafür, dass alle Menschen mobil sein können und fordert deshalb perspektivisch kostenfreien Öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Als einen ersten Schritt fordern wir ein landesweites Mobilitätsticket für Schülerinnen und Schüler, Hartz IV-Beziehende, Niedrigverdienende und Seniorinnen und Senioren für 15 Euro im Monat.

Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen in Verkehrsbetrieben lehnt DIE LINKE ab. Wir fordern guten Lohn für gute Arbeit bei Bus und Bahn, selbstverständlich auch im privaten Güterverkehr.

## *Natur schützen und erhalten*

Schleswig-Holsteins Reichtum an Landschaftsformen gilt es zu erhalten und zu schützen. Das Wattenmeer gilt es in seiner Form und Vielfalt zu bewahren und zu schützen. Es darf nicht durch den Tourismus, den Schiffsverkehr, die Fischerei und erst recht nicht durch militärische Nutzung sowie Erdölförderung in seiner biologischen Vielfalt beeinträchtigt werden. Die Ernennung des Wattenmeeres zum Weltnaturerbe eröffnet neue Möglichkeiten für einen sanften Tourismus. Für die notwendigen Einschränkungen der traditionellen wirtschaftlichen Nutzung muss es einen angemessenen Ausgleich geben.

Der Küstenschutz muss besondere Aufmerksamkeit erfahren. Gerade Schleswig-Holstein mit seinen Küsten an Nord- und Ostsee kommt dabei eine Verantwortung zu, die im gesamten Gebiet der Bundesrepublik einmalig ist. Küstenschutz ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die finanzielle Beteiligung der Menschen hinter den Deichen am Küstenschutz lehnt DIE LINKE ab. Die geplante Elbvertiefung ist sowohl für die Ökologie als auch für den Küstenschutz schädlich. Deshalb lehnt DIE LINKE die Elbvertiefung ab. Stattdessen brauchen wir ein integriertes Hafenkonzzept unter Berücksichtigung aller Nordseehäfen einschließlich des neuen Jade-Weser-Port.

Das Meer darf nicht zum Endlager für Umweltkatastrophen werden. Die Auswirkungen einer Ölpest sind spätestens seit der „Pallas“-Havarie allen bekannt und bewusst. Umso unverständlicher ist es, dass die Landesregierung aus Kostengründen den Weiterbetrieb des Kieler Feuerwehrsiffes für den Katastrophenschutz verhindert hat. Während der „Pallas“-Katastrophe, aber auch bei anderen Unfällen, hat das Kieler Feuerwehrsiff Hervorragendes geleistet. Das Verhalten der Landesregierung ist unverantwortlich.

Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Wir wollen über ein wirksames Landesprogramm zur Umstellung auf naturnahe Waldwirtschaft und Vergrößerung der

Waldflächen den Bestand von einheimischen Mischwäldern deutlich erhöhen. Die schleswig-holsteinischen Landesforsten sollen auch weiterhin nach dem Forest-Steward-Concil (FSC) zu zertifizieren sein. Den Verkauf von Landeswald und Seen an Private lehnen wir ab.

Zum Erhalt und zur Förderung der Natura-2000-Gebiete will DIE LINKE ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufbauen, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und insbesondere die Umsetzung der Managementpläne der Natura-2000-Gebiete durch Beratung von Land- und Forstwirten und Organisationen der Landschaftspflege sichern. Der Natur- und Landschaftsschutz ist durch die Ausweisung potentieller Schutzgebiete und durch die Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zu stärken.

DIE LINKE fordert weiterhin:

- Einen ständig einsatzbereiten Dienst zur Bewältigung von Umweltkatastrophen auf See
- Gewährleistung des Meeresschutzes durch eine konsequente Zusammenarbeit der Anrainerstaaten
- Ausrichtung der Fischerei hin zu einer bestandsschonenden Fischerei

## *Tiere schützen*

Für DIE LINKE steht der Mensch in der Verantwortung für die gesamte Natur, also auch der Tiere. Wir sehen Tiere nicht als Sachen oder Dinge, sondern als Lebewesen, als Mitgeschöpfe an, die vor Leiden zu schützen sind. DIE LINKE spricht Tieren das Recht auf artgerechte Haltung zu. Massentierhaltung führt zu schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsproblemen. Diese Tierhaltung darf nicht länger gefördert werden und ist zu verbieten.

DIE LINKE fordert:

- Tierschutz muss in Bildungseinrichtungen vermittelt werden, sodass schon früh die Bedeutung des Tierschutzes und einer artgerechten Behandlung eingeschätzt werden kann. Darüber hinaus müssen Tierschützer in die Ethikkommission
- Ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände, entsprechend dem bestehenden Recht der Naturschutzverbände
- Eine erhöhte Einstellung von Amtsveterinären, damit die Durchführung gründlicher Tierschutzkontrollen endlich gewährleistet wird. Tierschutzverbände müssen das Recht erhalten, Tierhaltungen zu besuchen und Missstände an die zuständigen Veterinärbehörden zu melden
- Eine artgerechte Haltung von Tieren in der konventionellen Landwirtschaft wie auch in privater Haltung. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht die Art der Tierhaltung bestimmen. So ist zum Beispiel die Käfighaltung von Legehennen und die

betäubungslose Kastration von männlichen Ferkeln und Rinderjungtieren zu verbieten

- Einführung eines „Tierschutzsiegels“ für Lebensmittel, damit Lebensmittel tierischer Herkunft entsprechend der Art der Haltung und Schlachtung gekennzeichnet sind
- Eine landesweite Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung, sodass auch Menschen und Familien in schwierigen finanziellen Situationen die Möglichkeit haben, ihr Haustier versorgen zu können
- Schließung von Pelztierfarmen
- Verbot von Tierversuchen
- Untersagung von Lebendtiertransporte von mehr als vier Stunden.
- Stärkere Kontrollen von Arbeitsbedingungen und Hygiene-Vorschriften

## Demokratie stärken

DIE LINKE tritt für die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche in Schleswig-Holstein ein. Für uns ist es zentrale Aufgabe von Politik, allen hier lebenden Menschen umfangreiche und effektive Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte zu verschaffen. Wir wollen, dass die vorhandenen Rechte genutzt und mehr Menschen in die Politikentwicklung einbezogen werden. Teilhabe und Mitbestimmung sind auch die beste Vorsorge gegen autoritäre Ideologien, gegen Rechts und Faschismus.

In der Landespolitik werden Beschlüsse in engsten Parteizirkeln oder Kommissionen wie der sogenannten „Haushaltsstrukturkommission“ vorbereitet. Eine ernsthafte Beteiligung von Verbänden, Interessengruppen, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften erfolgt in der Regel nicht, Anhörungen verkommen zu Alibi-Veranstaltungen.

Wir treten dafür ein, dass sich alle Menschen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen selbstbewusst beteiligen können.

Die LINKE will die Demokratisierung der Gesellschaft. Das heißt:

- Erweiterte Teilhabe der Menschen mit Hilfe eines entschiedenen Ausbaus von Elementen direkter Demokratie
- Einbeziehung der von politischen Entscheidungen Betroffenen und Organisationen
- Verbesserung der finanziellen und damit der politischen Gestaltungsräume auf kommunaler Ebene
- Stärkung der Parlamentsrechte gegenüber der Landesregierung
- Ausbau demokratischer Rechte in der Wirtschaft

- Schutz der kulturellen Identität unserer Minderheiten

## ***Direkte Demokratie ausweiten***

Die Stärkung der unmittelbaren Demokratie ist dringend notwendig. DIE LINKE ist Gründungsmitglied des breiten Bündnisses für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land unmittelbaren Einfluss nehmen. Dazu müssen die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide deutlich gesenkt und die Prozesse einfacher gestaltet werden. Die Initiatoren sollen verpflichtet werden, ihre Finanzierung offenzulegen. Das Land soll ab einem bestimmten Punkt des Verfahrens finanzielle Mittel bereitstellen, um finanzielle Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen künftig das Recht bekommen, über einen Volksentscheid den Landtag aufzulösen und auch über Haushaltsfragen abzustimmen.

## ***Betroffene und demokratische Organisationen stärker einbeziehen***

Soziale und andere demokratische Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Betroffene müssen aktiver als bisher beteiligt werden.

DIE LINKE Schleswig-Holstein will:

- Förderung von Runden Tischen, in denen Interessengegensätze transparent und öffentlich ausgetragen werden
- Umfassende Auskunfts- und Anhörungsrechte für außerparlamentarische Kräfte und direkt Betroffene
- Übertragung von Sitzungen der Ausschüsse und Kommissionen im Internet
- Ausbau des Petitionsrechtes. Der Petitionsausschuss des Parlamentes muss mehr als nur empfehlenden Einfluss auf Verwaltungsvorgänge nehmen können

## ***Demokratie in der Wirtschaft entwickeln***

Kein anderer gesellschaftlicher Raum ist so undemokratisch organisiert wie die Betriebe. Nationale und multinationale Unternehmen und Konzerne sowie das anonyme Finanzsystem bestimmen heute über Wohl oder Wehe einzelner Regionen, ja ganzer Volkswirtschaften. Großbanken müssen endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Für DIE LINKE ist Demokratie unteilbar. Auf Bundes- und europäischer Ebene müssen die „Global Player“ durch gesetzliche Vorgaben in ihre Schranken gewiesen werden. Die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer gewählten

Vertretungen müssen in den Betrieben gestärkt werden.

In Schleswig-Holstein fordert DIE LINKE die Rücknahme der Verschlechterungen im Gesetz über die Mitbestimmung der Personalräte sowie die Weiterentwicklung und Stärkung der Rechte der Personalräte.

## *Kommunale Selbstverwaltung stärken*

Die Kommunen werden durch die Übertragung von Bundes- und Landesaufgaben trotz leerer Kassen vor allem im sozialen Bereich mit wachsenden Ausgaben belastet. Ihr Handlungsspielraum wird durch äußere Faktoren - wie zum Beispiel das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Regierung Merkel - entscheidend geschwächt. Zusätzlich hat das Land schon zu Zeiten der großen Koalition von CDU und SPD den kommunalen Finanzausgleich um jährlich 120 Millionen Euro gekürzt.

Die Kommunen sind in Not! DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung durch mehr finanzielle Mittel, erweiterte Befugnisse und direkte Gestaltungsmöglichkeiten wieder hergestellt werden.

Die gewählten Vertretungen müssen gegenüber den Verwaltungen gestärkt werden. Bei der Debatte um die Verwaltungsstrukturreform fordert DIE LINKE:

- Die Verlagerung von Aufgaben auf übergeordnete Ebenen wie Ämter darf nur für reine Verwaltungstätigkeiten erfolgen
- Direkten demokratischen Einfluss auf die Verwaltungen
- Öffentliche Verwaltungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt
- Eine Verwaltungsstrukturreform darf nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden

Bedingung für eine solche Reform ist für DIE LNKE, dass die Wege für die Menschen kurz bleiben.

## *Landespolitik demokratisieren*

DIE LINKE Schleswig-Holstein tritt für eine grundlegende Reform der Arbeitsweise von Landtag und Landesregierung ein. Die Dominanz der Regierung mit ihrem Verwaltungsapparat muss gegenüber dem Landtag zurückgedrängt und die Rechte der Opposition gestärkt werden.

Deshalb will DIE LINKE Schleswig-Holstein:

- die Gewährleistung der Trennung von Regierung und Parlament durch eine gesetzliche Trennung von Regierungsamt und Landtagsmandat

- das Recht des Parlamentes, der Regierung verbindliche Vorgaben für Abstimmungen im Bundesrat zu machen
- die Verbesserung der Informationsrechte von Abgeordneten gegenüber der Regierung
- ein modernes Wahlrecht mit stärkeren Beteiligungsmöglichkeiten für die Wählerinnen und Wählerinnen
- die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Die Gesetzgebung ist Aufgabe des Landtages. In der Praxis hat die Landesregierung das Land mit Verwaltungsvorschriften und Erlassen im Griff. Dieses Verfahren will DIE LINKE neu ordnen und auf ein Minimum reduzieren.

## Digitale Spaltung verhindern

Die rasante Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien hat die gesellschaftlichen Bedingungen grundlegend verändert. Die Nutzung des Internets erlaubt es dem einzelnen Menschen nicht nur, auf eine vorher unbekannte Menge an Informationen zuzugreifen. Es ist zusätzlich möglich, Inhalte einem weltweitem Publikum zugänglich zu machen. Umso wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internets ohne Zensur und mit festgeschriebener Netzneutralität. Allen Menschen muss der Zugang zum Netz ermöglicht werden, unabhängig vom Einkommen und sozialem Status.

DIE LINKE will:

- Schnellstmöglichen, flächendeckenden Ausbau von Breitbandverbindungen im ländlichen Raum durch die Bereitstellung entsprechender Investitionsmittel vom Land
- Ausbau von kostenlosen Internet- Zugangsmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen
- Ausbau von kostenlosen Fortbildungs- und Schulungsangeboten, damit alle Interessierte an den Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien teilhaben können
- Realisierung des Anspruches auf einen Internetanschluss sowie entsprechende Sozialtarife. Jeder Mensch hat das Recht auf einen Internetanschluss
- Überführung der Netzinfrastruktur als Bestandteil der Daseinsvorsorge in Gemeineigentum

Exklusive Verlagerung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten ins Internet lehnt DIE LINKE ab. Dieses würde zu einer neuen Form von Ausgrenzung führen, welche insbesondere Ältere und Menschen mit besonderen Einschränkungen betreffen würde. Die Stimmabgabe per Internet bei Wahlen und Abstimmungen lehnt DIE LINKE daher ebenso ab wie den Einsatz von Wahlcomputern.

Den Vorteilen frei zugänglicher Information und sozialer Interaktion im Internet stehen

auch die Gefahren der massenhaften Sammlung und Verwertung personenbezogener Daten entgegen. Diese Bedrohung geht nicht nur von staatlichen Überwachungsmöglichkeiten aus. Auch die Privatwirtschaft betreibt oftmals Missbrauch mit Daten, der das Recht auf informationelle Selbstbestimmung unterhöhlt.

DIE LINKE fordert:

- Ausweitung und beständige Anpassung der Datenschutzgesetzgebung an die gegenwärtigen technischen Möglichkeiten
- Stärkung des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz
- Eine Bundesratsinitiative des Landes für ein umfassendes Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.
- Konsequente Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes durch eine transparente Open-Data-Strategie der Regierungs- und Verwaltungsdaten.
- Verifizierbare Löschung rechtswidriger Datensammlungen öffentlicher Stellen, beispielsweise bei der Landespolizei.
- Anpassung des Landesmeldegesetzes, welches Datenweitergaben ohne Einwilligung der Betroffenen ausschließt.
- Schnellen Ausbau entsprechender Infrastruktur, um den Einwohnerinnen und Einwohnern die verschlüsselte, elektronische Kommunikation mit allen öffentlichen Stellen zu ermöglichen.
- Schrittweise Einführung quellenoffener Software in allen öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen.
- Verbot staatlicher Spionage-Software sowie die Offenlegung ihrer bisherigen Nutzung.
- Endgültige und vollständige Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung.

Offene Software-Plattformen garantieren Transparenz und demokratische Kontrolle von Computernetzen. DIE LINKE unterstützt Open-Source-Projekte auf allen Ebenen. Wir wollen, dass in allen Bereichen der Landesverwaltung und bei landeseigenen Betrieben unabhängig geprüft wird, ob ein Umstieg auf Open-Source-Betriebssysteme und/oder Programmumgebungen möglich ist. Sollte dies ohne erheblichen finanziellen Mehraufwand machbar sein, muss schnellstmöglich eine Umstellung erfolgen.

## Medienvielfalt erhalten

Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. Privatwirtschaftliche Monopole und allein an Werbeeinnahmen interessierte Fernsehsender prägen zunehmend die Medien. DIE LINKE verteidigt die Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und setzt sich für eine stärkere Förderung von offenen Kanälen in Funk und Fernsehen ein.

DIE LINKE fordert:

- Beibehaltung einer gerätebezogenen Rundfunkgebühr, deren Höhe sich an der jeweiligen Einkommensteuer bemisst
- Verschärfung und Anwendung des Kartellrechts auf dem Presse- und Mediensektor

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien können Plattform zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Verwertungszwängen und Meinungsmacht genutzt werden. Sie ermöglichen allen, selbst kreativ zu werden und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. DIE LINKE unterstützt die Partizipation der Nutzerinnen und Nutzer, denen es um Freiheit und Selbstbestimmung geht.

## Demonstrationsrecht stärken

Die öffentliche Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler der Demokratie in diesem Land. Die Teilnahme an Demonstrationen sowie deren Durchführung müssen ohne Repressionen gewährleistet sein.

DIE LINKE fordert:

- Individuelle Kennzeichnung für Polizisten im Einsatz. Dadurch können Beschwerden gezielt überprüft und Zeuginnen und Zeugen benannt werden
- Eine unabhängige Beschwerdestelle, die der Staatsanwaltschaft zugeordnet ist und deren Personal nicht aus dem Polizeidienst des Landes Schleswig Holstein kommt
- Schluss mit dem Abfilmen von Demonstrationen durch die Polizei. Bild- und Tonaufnahmen von Demonstrationen dürfen nicht mehr auf Grund von Vermutungen stattfinden
- Aufhebung des Vermummungsverbotes. Es muss Menschen möglich sein, anonym an einer Demonstration teilzunehmen
- Etablierung einer Deeskalationsstrategie. Im Sinne von Bürgernähe und Professionalität setzen wir uns für ein offenes und zurückhaltendes Auftreten von Einsatzkräften ein

- Einsatzverbot von zivilen Beamten

## Resozialisierung in den Vordergrund stellen

Strafvollzug muss der Resozialisierung dienen und darf nicht unter finanziellen Gesichtspunkten geplant oder durchgeführt werden. Die Einführung der sogenannten elektronischen Fußfessel lehnen wir ab. Wenn Straftäterinnen und Straftäter eine Gefährdung für die Öffentlichkeit darstellen, lassen sie sich durch diese Überwachungsmaßnahme nicht effektiv kontrollieren. Staat Geld in derart unausgelegene Entwicklungen zu stecken, gilt es, die Therapieansätze im Strafvollzug zu stärken und Strafgefangene so sinnvoll auf das Leben nach der Verbüßung der Strafe vorzubereiten.

DIE LINKE fordert, sämtliche Kürzungen im Bereich der Resozialisierung von Strafgefangenen zurückzunehmen. Speziell im Bereich des Übergangs von der Haft in die Freiheit brauchen ehemalige Strafgefangene vermehrt Hilfestellung. Hier muss die vorhandene ehrenamtliche Struktur durch eine funktionsfähige hauptamtliche Verwaltung unterstützt werden.

## *Minderheitenschutz ausbauen*

Die in Schleswig-Holstein lebenden Minderheiten sind eine Bereicherung für unser Land und müssen besonders geschützt werden. Wir wollen die Kürzungen, die der dänischen Minderheit und den Friesen von der jetzigen Regierung zugemutet werden, rückgängig machen. In der jetzigen Legislaturperiode hat die Landesregierung für die Schulen der dänischen Minderheit zusätzliche Kürzungen beschlossen. Schülerinnen und Schüler an dänischen Schulen dürfen nicht weniger wert und wichtig sein, als ihre Freundinnen und Freunde an deutschen Schulen.

Wir wollen den Schutz der Sinti und Roma in der Landesverfassung verankern.

## Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie

DIE LINKE kämpft für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir stehen für eine emanzipatorische Politik, die für die Gleichberechtigung verschiedener Lebensentwürfe eintritt, insofern sich mündige Menschen ohne Zwang dazu entscheiden. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von "normal" und "anders".

Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt sind immer noch bittere Realität für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI). Viele von ihnen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Wir wollen die rechtliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft herstellen. An entsprechenden Vorhaben werden wir uns auch im Bundesrat beteiligen. Außerdem wird DIE LINKE in Schleswig Holstein eine Bundesratsinitiative anstoßen, die einfordert, dass Menschen bei der Angabe ihres Geschlechtes neben männlich und weiblich ein X angeben können.

Auf Landesebene will DIE LINKE eine umfangreiche Initiative zur Akzeptanz der sexuellen Vielfalt initiieren.

DIE LINKE fordert:

Maßnahmen, besonders im Bereich der Schulen und Jugendhilfe, damit Diskriminierungen, Mobbing und Gewalt auf Grund verschiedener Merkmale und Lebensweisen wahrgenommen, abgebaut und präventiv verhindert werden. Alternative Lebensentwürfe gehören in Lehrpläne und Schulbücher.

Umfassende und qualifizierte Beratung der Opfer von Gewalt und Diskriminierung. Sie sollen ermutigt und geschult werden, um ihre Rechte wahrzunehmen und zu nutzen, Gefahren zu erkennen und zu ihnen zu begegnen. Dafür werden zivilgesellschaftliche Projekte gefördert.

Schaffung einer empirischen Basis zu den unterschiedlichen sozialen Erfahrungen von LSBTI, um erfolgreich handeln zu können.

Dialog mit unterschiedlichen Gruppen (wie beispielsweise Religionsgemeinschaften), um die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu fördern und für ihre Ziele zu sensibilisieren.

## Gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

In Schleswig-Holstein gehören 76 Jahre nach der Niederringung des deutschen Faschismus Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit noch immer nicht der Vergangenheit an. Das zeigen nicht allein Angriffe auf Menschen, die sich antifaschistisch engagieren, Übergriffe auf linke Zentren, Organisationen und Kundgebungen, sondern ebenso eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für fremdenfeindliche und rechtspopulistische Positionen, wie sie nicht zuletzt die Debatte um die Thesen Thilo Sarrazins offenbarte.

In Schleswig-Holstein setzt sich der Strukturwandel in der rechten Szene fort: Zwar spielte die parteipolitisch organisierte Rechte bei den zurückliegenden Wahlen kaum eine Rolle, dafür tritt eine aktionsorientierte, sich „autonom“ gebende militante Rechte zunehmend offensiv in Erscheinung und dehnt sich auch in die Kreise des Flächenlandes aus, in denen sie bisher nicht auftrat. Die NPD in Schleswig-Holstein und ihre Jugendorganisation sind eng mit den „autonomen“ neofaschistischen Strukturen verbunden.

Auch die heutige Politik der Entsolidarisierung und die Ellenbogengesellschaft bereiten den Boden für rechtes Gedankengut: In Zeiten sich vertiefender sozialer Spaltungen, der Krise individueller Lebensentwürfe und der Krise des Kapitalismus finden rechte, vereinfachende Deutungen zunehmend Gehör.

Dem tritt DIE LINKE entschieden entgegen und leistet Aufklärungsarbeit: Wir wissen, dass Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nur wirksam bekämpft werden können, wenn auch die Ursachen in der Ungleichheit und in den Besitzverhältnissen unserer Gesellschaft angegriffen werden. Unsere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit setzt die Forderung nach gleichen Rechten und Möglichkeiten für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Aussehen, voraus.

DIE LINKE erinnert an den Grundgesetzartikel 139, in dem die Fortgeltung der Vorschriften der Alliierten zur Entnazifizierung und damit das Verbot aller NS-Organisationen und Nachfolgeorganisationen festgelegt ist. Das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen, die Einziehung ihres Vermögens und das Verbot von Ersatzorganisationen würden die Strukturen des organisierten Neofaschismus erheblich schwächen sowie die Parteienfinanzierung und ihre Auftritte in Parlamenten beenden.

DIE LINKE fordert, dass sich das Land Schleswig-Holstein der Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren anschließt. Die Alimentierung der NPD durch den Verfassungsschutz muss beendet werden. Die V-Leute müssen überall abgezogen werden.

Eine Vielzahl von antifaschistischen Initiativen in Schleswig-Holstein leistet wertvolle Arbeit beim Kampf gegen rechte Ideologien und Einstellungen. Sie alle müssen öffentlich gefördert und finanziert werden. Die von der Bundesregierung eingeführte „Extremismusklausel“ lehnt DIE LINKE ab.

DIE LINKE lehnt generell die Gleichsetzung von sogenanntem Rechts- und Linksextremismus ab. Diese hat verschiedene Funktionen: Neonazis und ihre menschenverachtenden Ideologien und Taten werden verharmlost und linke Bewegungen diffamiert.

Zudem fordert DIE LINKE ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen für Opfer neofaschistischer Gewalt. Nach dem Vorbild von „Exit“ werden wir uns für Ausstiegsprogramme für Rechte in Schleswig-Holstein einsetzen.

DIE LINKE unterstützt antifaschistische Bündnisse und versteht sich als Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Wir werden weiterhin zum Protest gegen Naziaufmärsche wie in Lübeck oder Dresden aufrufen und uns auf der Straße aktiv an der Verhinderung solcher Aufmärsche, beispielsweise durch Blockaden, beteiligen.

Offensiv treten wir gegen eine revisionistische Debattenkultur ein, in der die Deutschen von Tätern zu einer „Nation der Opfer“ umgedeutet werden sollen. Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und Gedenken an die Millionen Opfer ist dabei der zentrale Punkt. Anstatt Kriegsehrenmäler wie in Laboe zu finanzieren, sollten Schulklassen einmal im Jahr antifaschistische Erinnerungsorte aufsuchen. Antifaschistische Kultur ist Befreiungskultur und notwendig, damit der Faschismus in Deutschland endgültig zur Geschichte gehört. Sie muss entsprechend finanziell gefördert werden.

## *Menschen in Not helfen*

Kein Mensch flieht ohne Not aus seiner Heimat. Menschen, die vor politischer, religiöser und geschlechtsspezifischer Verfolgung, vor Krieg, Hunger, ökologischen und sozialen Katastrophen flüchten,

müssen auch bei uns Aufnahme finden können. Vergewaltigung oder Flucht, um sich der Genitalverstümmelung zu entziehen, müssen als Asylgrund anerkannt werden. Menschen sollen nach freiem Willen entscheiden können, wo sie leben möchten.

In Schleswig-Holstein werden Flüchtlinge in ihren elementaren Menschenrechten eingeschränkt. Aufenthalts-, Arbeits- und Sozialregelungen für Flüchtlinge sind so zu verbessern, dass sie einem humanen Flüchtlingsrecht zum Durchbruch verhelfen.

DIE LINKE kämpft dafür, dass Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten, Flüchtlinge, die undemokratischen politischen Regimes entflohen sind, nicht abgeschoben werden.

DIE LINKE fordert für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein:

- Abschaffung der Abschiebungshaft.
- Arbeitserlaubnisse für Flüchtlinge
- Keine medizinische und materielle Schlechterstellung von Flüchtlingen
- Dezentrale Unterbringung anstelle von Sammelunterkünften
- Abschaffung der Residenzpflicht, bundesweit und für alle Menschen
- Wirksame Bleiberechtsregelung für Menschen, die geduldet in unserm Land leben
- Eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Menschen ohne Papiere müssen uneingeschränkten Zugang zu Kitas, Schulen und medizinischer Versorgung bekommen. Menschen, die länger als zwei Jahre hier leben, müssen einen legalen Aufenthaltstitel bekommen. Kinder sofort!

## Zusammenleben befördern

In Schleswig-Holstein sind viele Migrantinnen und Migranten zuhause. DIE LINKE steht für ihre juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung. Um dies zu erreichen fordern wir:

- Alle Menschen, die in Schleswig-Holstein ihren Lebensmittelpunkt haben müssen das aktive und passive Wahlrecht erhalten
- Deutsch- und Integrationskurse für alle und ab der ersten Stunde, sowie eine angemessene und gerechte Bezahlung für deren Lehrkräfte. Das ermöglicht den Menschen sich schneller in Schleswig-Holstein zuhause zu fühlen, sich einzubringen und ihre Rechte wahrzunehmen. Folgekosten werden vermieden
- Abbau der Diskriminierung in der Schule und am Arbeitsplatz: Um Chancengleichheit herzustellen müssen Kinder von Migrantinnen und Migranten sprachlich und pädagogisch gezielt gefördert werden. Dazu gehört auch das Erlernen der Sprache der Eltern in der Schule und Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen
- Wertschätzung der kulturellen Vielfalt und von Menschen aus anderen Ländern
- Erleichterung der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen aus dem Ausland

- Ablehnung von Arbeitsverboten für Flüchtlinge
- Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst, denn nur so kann eine kulturelle Öffnung der Behörden erreicht werden. Zu Erreichung dieses Ziels muss die Einstellung von Migrantinnen und Migranten politisch gefördert werden, zum Beispiel mit einer Quotenregelung

Wir stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung und Ungleichbehandlung. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Beschwerden nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AAG) müssen mittelfristig in jeder Kommune erreichbar sein. Kurzfristig muss die Antidiskriminierungsstelle Schleswig-Holstein durch das Land gefördert werden.

## *Schleswig-Holstein – Land des Friedens*

DIE LINKE tritt für eine Politik der Völkerverständigung und des Ausgleichs ein. Die militärische Logik ist keine menschliche Antwort auf Konflikte, weder in Europa noch anderswo. Sogenannte „militärische Lösungen“ verschärfen Probleme, sie bringen Leid, Elend und Tod über die Menschen.

DIE LIBNKE steht dafür ein, dass Interessenkonflikte ausschließlich auf friedlichem Weg geregelt und ausgeglichen werden. Angesichts unserer Vergangenheit, eingedenk der Verbrechen, die von deutschem Boden aus begangen wurden, sehen wir uns auch hier vor Ort zum Handeln verpflichtet. Langfristig wollen wir die Bundeswehr abschaffen.

Die Umstrukturierung bei der Bundeswehr mit dem Verlust von Standorten in Schleswig-Holstein sehen wir als Chance, alternativ sinnvolle Arbeitsplätze zur Weiterentwicklung des Landes zu schaffen. Das Land muss vom Bund Umstrukturierungsmittel einfordern, dann kann die Konversion, die Umstellung auf friedliche Wertschöpfung gelingen.

Von schleswig-holsteinischem Boden aus werden Jahr für Jahr Rüstungsgüter im Wert von inzwischen 1,5 Milliarden Euro exportiert. Wir wollen die Umstellung auf Friedensproduktion befördern.

DIE LINKE fordert, die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit zu beenden. Stattdessen müssen zivile Organisationen wie das Technische Hilfswerk so unterstützt werden, dass sie im Katastrophenfall wirksame Hilfe leisten können.

Gelöbnisse, Veranstaltungen und Feierstunden der Bundeswehr gehören nicht in dem öffentlichen Raum.

Die Zusammenarbeit zwischen schleswig-holsteinischen Schulen und der Bundeswehr wollen wir beenden. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder an Bundeswehrrsimulatoren das Töten üben. Es widerspricht dem neutralen Erziehungsauftrag der Schule, Schülerinnen und Schüler durch Soldatinnen und Soldaten unterrichten zu lassen. Statt Werbung für die Bundeswehr und internationale Kriegseinsätze möchte DIE LINKE, dass jede Schülerin und jeder Schüler im Rahmen des Unterrichts einmal im Schuljahr eine antifaschistische Gedenkstätte besucht

Kriegsdenkmäler, wie das Laboer Ehrenmal bedürfen einer grundlegenden

konzeptionellen Überarbeitung. Über 600.000 Euro hat das Land 2010 in dieses Ehrenmal gesteckt, ohne die unkritische Heldenverehrung in dem Museum zu hinterfragen. Wir brauchen Mahnmale für den Frieden statt unreflektierte Heldenverehrung.

## Finanzpolitik sozial gerecht gestalten

DIE LINKE steht für eine Finanzpolitik, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Die Kommune als unmittelbarer Lebensraum muss gestärkt werden, auch finanziell. In wichtige Zukunftsfelder muss investiert werden, um langfristig teure Folgekosten zu vermeiden.

Wir wollen will mehr Geld ausgeben für Bildung (in die Kitas, in die Schulen, in die Universitäten und in der Erwachsenenbildung), für die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft und Landwirtschaft, für den sanften Tourismus, für die Energiewende.

Kostenlose Erziehung und Gesundheitsversorgung, eine auskömmliche Altersversorgung, der soziale Schutz von Hilflosen, eine vernünftig ausgebaute Infrastruktur für Alle sind unsere Ziele.

Unsere Vorstellungen haben im Bereich der Bildung Kosten in Höhe von jährlich 150 Millionen Euro zur Folge. Die Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors schlägt mit 50 Millionen Euro zu Buche.

Gemeinsam mit der Rücknahme der Kürzungen durch die CDU-FDP geführte Landesregierung in der Landtagsverwaltung, bei den Vereinen und Verbänden, bei den Frauen und im sozialen Bereich und die Aufstockung des Kommunalen Finanzausgleiches kosten unsere Vorschläge circa 390 Millionen Euro im Jahr.

Dieser Betrag ist geringer als die jährlichen Verluste durch die unsozialen Steuerrechtsänderungen der ehemaligen Schröder-Regierung im Bund. Nach der Regierungsübernahme durch die CDU wurde dieser falsche Kurs fortgesetzt. Allein das sogenannte Unternehmensteuerreformgesetz 2008 belastet den schleswig-holsteinischen Haushalt jährlich mit über 80 Millionen Euro, die Kommunen im Land müssen jährlich auf über 30 Millionen Euro verzichten. Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ von 2009 belastet sowohl das Land als auch unsere Kommunen jährlich mit jeweils über 60 Millionen Euro.

Das Problem der Verschuldung muss dort angepackt werden, wo es entstanden ist. Auf der Einnahmeseite. Dafür steht DIE LINKE. Leider fehlt bisher der politische Wille bei den etablierten Parteien, die reichen Erben, die Vermögenden, die Superreichen und Höchstverdiener an der Finanzierung des Gemeinwesens, von dem sie so sehr profitieren, zu beteiligen.

Die jetzige Kürzungspolitik der Landesregierung schadet dagegen direkt den Menschen im Land und führt zu Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlusten und Steuerausfall.

Deshalb hat sich DIE LINKE gegen die Aufnahme der sogenannten „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung ausgesprochen. Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt ist nicht das Ergebnis zu hoher Ausgaben, sondern das Ergebnis einer maßlosen Steuersenkungspolitik seit 2000 für große Unternehmen und für Reiche. Ohne diese Steuersenkungen wären in Schleswig-Holstein schon heute Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Ein Abbau der Verschuldung durch Kürzung der Ausgaben, wie es mit der „Schuldenbremse“ vorgesehen ist, ist zum Scheitern verurteilt.

Deshalb brauchen wir eine Erhöhung der Einnahmen durch eine gerechte Steuerpolitik. Wir werden keiner Steuerrechtsänderung zustimmen, die die Einnahmen des Landes verringert. Wir werden uns aber auch nicht daran beteiligen, den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Schleswig-Holstein braucht eine „Steuersenkungsbremse“ für die Reichen, für die großen Unternehmen, für die Hoteliers. Zum Umsteuern braucht das Land eine Millionärssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz, eine sozial gerechte Erbschaftssteuer und die Rücknahme der Steuergeschenke für die großen Unternehmen.

## HSH Nordbank

Die Finanzkrise, in die auch die HSH Nordbank verstrickt ist, hat uns ca. 8.000 Euro pro Einwohnerin und Einwohner gekostet. Das Geld versickerte in den Rettungspaketen für die Banken. Weltweit erkennen immer mehr Menschen, dass der Kapitalismus zu Ungerechtigkeiten und Armut führt. Das Streben nach immer höheren Profiten, die Investitionen in windige Finanzpapiere, hat auch zum Desaster bei der HSH Nordbank geführt.

Bundesweit kämpft DIE LINKE dafür, Banken und Konzerne an die Kette zu legen. Wir wollen durch eine Finanztransaktionssteuer, durch eine Bankenabgabe sowie durch eine Boni-Steuer die Verantwortlichen der Krise in die Verantwortung nehmen. Banken und Konzerne müssen demokratischer Kontrolle unterworfen und dem Gemeinwohl verpflichtet werden. Banken sollten nicht das Ziel haben, immer mehr Profite zu machen. Sie sollen der Gesellschaft dienen und Geld für Investitionen bereit stellen.

Die von uns vorgeschlagenen zusätzlichen sinnvollen Ausgaben haben auch zusätzliche Einnahmen zur Folge: Mehr Steuereinnahmen durch die reguläre Beschäftigung im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, im Öffentlichen Dienst und bei den Vereinen und Verbänden; Erhöhung der Kaufkraft durch die Entlastung von einkommensschwachen Schichten; Wegfall von Folgekosten aufgrund besserer Bildung und Integration sowie die Verbesserung der Einnahmen durch Investitionsprojekte in die Energiewende.

## *Steuerfahndung stärken*

Eine funktionierende Steuerfahndung ist Ausweis einer praktizierten Steuergerechtigkeit im Lande. Die Personaleinsparungen des Landes in diesem Bereich führen direkt zu

weniger Steuereinnahmen. Dies bedeutet auch eine deutliche Zunahme der ungerechten Steuerbelastung zu Lasten der Arbeitenden und zu Gunsten der Vermögenden.

In Schleswig-Holstein wollen wir die Steuerverwaltung und -fahndung mit deutlich mehr Personal ausstatten. Jeder Beamte in der Steuerfahndung brachte im Jahr 2009 immerhin 455.007 Euro und jeder Betriebsprüfer 923.953 Euro an Steuermehreinnahmen. Die Steuerfahndung und die Betriebsprüfung sind wichtige Stellschrauben, um die Haushaltsaufkommen zu justieren. Im Durchschnitt werden in Schleswig-Holstein Großunternehmen nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe alle 10 Jahre, Kleinunternehmen alle 20 Jahre und Kleinstunternehmen alle 70 Jahre geprüft.

## *Altschuldentilgungsfonds realisieren*

Die anderen Landtagsparteien von CDU bis zu den Grünen haben in Schleswig-Holstein über 27 Milliarden Euro Schulden aufgetürmt. Ohne Zinszahlungen für diese Schulden hätten wir schon heute einen ausgeglichenen Haushalt. Die jährliche Verschuldung ist so hoch wie die jährlichen Zinsausgaben. Wir wollen die Schulden aus dem Landeshaushalt in einen Altschuldentilgungsfonds auslagern. Die Zinsen und die Tilgung dieser Altschulden müssen gesondert gewährleistet werden. Hier sind bundesweite Absprachen nötig, auch die Altschulden des Bundes und der Kommunen könnten integriert werden.

Ein erster sofort umsetzbarer Schritt ist ein gemeinsames Schulden- und Kapitalmarktmanagement mit den Kommunen. Mit diesem Instrument kann die Zinslast für die Kommunen gesenkt werden. Verbunden mit der Rücknahme der Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich eröffnen sich so Chancen für die Entschuldung der schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden. Die Kopplung von Finanzhilfen zur Konsolidierung kommunaler Haushalte an Unterwerfungserklärungen und unsozialen Kürzungsvorgaben lehnt DIE LINKE entschieden ab.

## *Wo wir kürzen wollen*

DIE LINKE schlägt vor, die Diäten der Landtagsabgeordneten um 750 Euro zu kürzen. Bisher scheiterte dies an dem Widerstand der anderen Landtagsfraktionen. DIE LINKE schlägt außerdem vor, die Bezüge der Regierungsmitglieder um 10 Prozent zu kürzen.

Die Altersbezüge der Regierungsmitglieder sollen zukünftig erst bezahlt werden, wenn das gesetzliche Rentenalter erreicht wird.

Statt vier sollen nur noch zwei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten des Landtags gewählt werden.

Die Zulagen für Fraktionsvorsitz und Parlamentarische Geschäftsführung sollen gestrichen werden.

Staatssekretärinnen und Staatssekretäre werden in ein Amt der Besoldungsgruppe B 8 (bisher B 10) berufen.

Die Institution der „Stellvertretenden Staatssekretärinnen und Staatssekretäre“ wird abgeschafft.

Die Besoldung für die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Landesrechnungshofs wird von B 10 nach B 8 abgesenkt.

Die Kosten für externe Gutachten werden gestrichen. Es ist nicht sinnvoll, Arbeit doppelt zu bezahlen. Die Ministerien halten die notwendige Expertise für die Entscheidungsfindung vor.

Auf Prestigeprojekte, wie die feste Fehmarnbeltquerung, wird verzichtet. Die Kosten von 1,7 Milliarden Euro für die Hinterlandanbindung entfallen.

Die Kirchenstaatsverträge werden neu verhandelt und die Ausgaben erheblich gesenkt.

Der Verfassungsschutz wird abgewickelt.

Das Land verzichtet auf teure ÖPP-Projekte. Damit wird die Belastung kommender Haushalte reduziert.

Eigene Einnahmeverbesserungen des Landes sind nur in sehr beschränktem Umfang möglich. DIE LINKE schlägt vor, die Feldes- und Förderabgabe auf 25 Prozent zu erhöhen.